

informationen

ANALYSEN | MATERIALIEN | ARBEITSHILFEN ZUM JUGENDSCHUTZ



PARTIZIPATION
MITBESTIMMUNG
TEILHABE

Demokratische Bildung

Christian Parentien

„Förderung demokratischer Bildung im
Kindes- und Jugendalter“ – Der 16. Kinder- und
Jugendbericht der Bundesregierung

Uli Sailer, Udo Wenzl

Jugendbeteiligung offline und online
gestalten – Die Kommune als Lebens- und
Lernort der Demokratie

Impressum

Herausgeber:

Präsidium der Aktion Jugendschutz
Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg
Marion v. Wartenberg, Angela Blonski,
Wolfgang Borkenstein, Marion Steck,
Petra Weiser

Redaktion:

Elke Sauerteig (verantw.)
Ursula Kluge

Unter Mitarbeit der Fachreferent_innen:

Henrik Blaich, Ute Ehrle, Silke Grasmann,
Lothar Wegner, Petra Wolf

Die mit Namen versehenen Beiträge geben
die Meinung der Autor_innen wieder.

Alle Rechte sind vorbehalten,
Vervielfältigungen sind nur mit Genehmigung
der Aktion Jugendschutz gestattet.

Konto: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE75 6012 0500 0008 7018 00
BIC: BFSWDE33STG

Bezugspreis (2020): Einzelheft € 4,00;
Abonnement € 7,50 jährlich inkl. Versand

Auflage: 1.800

Erscheinungsweise: 2x jährlich
ISSN 0720-3551

Titelbild: Arthimedes - Shutterstock/Kreativ plus

Layout: Kreativ plus – Gesellschaft für
Werbung und Kommunikation mbH
Hauptstraße 28, 70563 Stuttgart
www.kreativplus.com

Druck: Offizin Scheufele Druck und
Medien GmbH & Co. KG Stuttgart

Aktion Jugendschutz
Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg
Jahnstraße 12, 70597 Stuttgart-Degerloch
Tel. (07 11) 2 37 37-0
Fax (07 11) 2 37 37-30
info@ajs-bw.de, www.ajs-bw.de

Gefördert durch Mittel aus dem baden-
württembergischen Staatshaushalt, den der
Landtag von Baden-Württemberg beschlossen
hat. Die Mittel sind dem Ertrag der Staatlichen
Wetten und Lotterien entnommen.

Inhalt

Christian Palentien	4
„Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ Der 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung	
Uli Sailer, Udo Wenzl	9
Jugendbeteiligung offline und online gestalten Die Kommune als Lebens- und Lernort der Demokratie	
Boris Brokmeier	13
Politische Bildung ist Jugendschutz und nicht neutral	
Marc Köster	15
Wenn mein Körper mir gehört und meine Zähne auch, dann ... – Warum die Partizipation von Kindern der Schlüssel zur Demokratiebildung ist	
Annika Gronau, Tim Klausgraber, Florian Langer, Philipp Löffler, Feven Michael	18
Respekt Coaches in Baden-Württemberg als Akteur_innen der Demokratiebildung	
Cornelia Heyken, Theresa Lehmann	20
Digital Streetwork – Eine Reise durch sechs Jahre aufsuchende Jugend(sozial)arbeit im Web 2.0	
Annika Geissler, Petra Kieffer, Tim Kimmich, Sibylle Silcher	25
Ombudschaft fördert demokratische Bildung im Feld der Kinder- und Jugendhilfe	
Hannes König	27
„Offen demokratisch“ – Thema ist, was die Jugendlichen mitbringen	
Melanie Schmitt	29
Planungshilfe für Kommunen: Ehrenamtlich gesteuerte Jugendbeteiligung	
Tobias Johann, Dr. Aline Rehse	32
Kommentar: Modellprojektförderung zwischen Nachhaltigkeitsanspruch und Innovationsdruck	
Serviceteil – Weitere wichtige Institutionen und Angebote	33
Medien und Materialien	35
Aus der Arbeit der ajs	37





Liebe Leser_innen,

derzeit ist viel die Rede von einer Krise der Demokratie. Vielleicht nicht zu Unrecht: Populismus und Extremismus setzen unsere Demokratie unter Druck. Fake News und Verschwörungsmymthen befeuern diese Entwicklung, Hass

und Hetze in den sozialen Medien verrohen den Diskurs. Auch Jugendliche und junge Erwachsene zeigen laut SHELL-Jugendstudie 2019 bedenkliche Zustimmungswerte zu einzelnen populistischen und verschwörerischen Äußerungen.

Gleichzeitig konstatiert dieselbe Studie eine steigende Zustimmung der 12- bis 25-Jährigen zur Demokratie. Jugendbewegungen wie Fridays for Future stellen das Handeln der etablierten gesellschaftlichen Akteure in Frage, fordern Mitbestimmung und bewirken gesellschaftliche Veränderungen. Die Diskussion um die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz rückt die Teilhabe und Partizipation von Kindern und Jugendlichen in den Fokus.

Doch wo kommen Kinder und Jugendliche konkret mit den Grundprinzipien demokratischen Handelns in Berührung und können sich darin ausprobieren? Der 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung durchleuchtet verschiedene soziale Räume, in denen politische Bildung stattfindet. Der Vorsitzende der Sachverständigenkommission Prof. Dr. Christian Palentien erläutert die Grundlagen des Berichts und benennt Handlungsempfehlungen, damit politische Bildungsprozesse in den verschiedenen Räumen zu einem erweiterten demokratischen Verständnis bei Kindern und Jugendlichen führen.

Udo Wenzl und Uli Sailer gehen der Frage nach, wie eine kommunale Jugendbeteiligung offline und online von den verschiedenen Akteur_innen der schulischen und außerschulischen Bildung, der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und der Kinder- und Jugendhilfe gemeinsam gestaltet und wirksam werden kann.

Ganz im Sinne des Kinder- und Jugendberichts skizzieren sechs praxisorientierte Artikel verschiedene Zugänge, Projekte und Handlungsansätze für demokratische Bildung in den Räumen Kita, Schule, digitale Medien, Hilfen zur Erziehung, Offene Kinder- und Jugendarbeit sowie im ländlichen Raum. Sie geben Hinweise und Anregungen, wie pädagogische Fachkräfte Kinder und Jugendliche bei der Herausbildung eines demokratischen Bewusstseins unterstützen und sie zu aktiver Partizipation befähigen können.

Boris Brokmeier erläutert in seinem Kommentar, warum politische Bildung ein Thema für den Jugendschutz ist. Tobias Johann und Dr. Aline Rehse werfen einen kritischen Blick auf die weit verbreitete Modellprojektförderung und machen deutlich, warum diese kein Ersatz für lokal etablierte Regelstrukturen sein kann.

Unter https://padlet.com/ajsbw1/ajs_Info_1_2021 haben wir für Sie als zusätzlichen Service die Angebote vieler Institutionen aus den Bereichen Demokratieförderung und politische Bildung zusammengestellt. Klicken Sie hinein und schauen Sie sich um.

Wie immer finden Sie in der Zeitschrift aktuelle Materialien und Aktuelles aus der Arbeit der ajs. Wir wünschen Ihnen einen interessanten Einblick in ein für uns alle bedeutsames Thema.

Henrik Blaiich

Fachreferent für Jugendmedienschutz
und Gewaltprävention

„Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“

Der 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung

Nach § 84 des SGB VIII legt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in jeder Legislaturperiode einen Bericht über die Lage der jungen Menschen vor. Neben einer Bestandsaufnahme der Situation der Kinder- und Jugendhilfe soll der Bericht auch Vorschläge für deren Weiterentwicklung beinhalten. Der aktuelle Kinder- und Jugendbericht widmet sich dem Thema „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“. Er wurde von einer Kommission von 16 Sachverständigen verfasst.

Der folgende Beitrag fragt nach der Motivation und den Gründen für die Auswahl des Themas. Er stellt dar, wie der Kinder- und Jugendbericht strukturiert ist und welche Empfehlungen und Schlussfolgerungen für die pädagogische Praxis formuliert werden.

Warum „demokratische Bildung“?

Der 16. Kinder- und Jugendbericht widmet sich dem Thema „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“. Hintergrund ist, dass demokratische Gesellschaften vor der dauerhaften Herausforderung stehen, Kinder und Jugendliche nicht nur in staatliche und soziale Strukturen zu integrieren bzw. zu „sozialisieren“, sondern auch ihre Entwicklung als mündige Akteurinnen und Akteure, die ihre Interessen in Politik und Gesellschaft vertreten und aktiv mitgestalten, zu fördern. Und zwar ohne sie dabei zu bevormunden. Allerdings wird der dauerhafte Bedarf an politischer Bildung – als zentrale Voraussetzung lebendiger, stabiler und dynamischer Demokratien – häufig erst dann in dringlicher Weise thematisiert, wenn demokratische Gesellschaften durch krisenhafte Entwicklungen und Problem-lagen verunsichert, herausgefordert oder bedroht werden.

Als Verunsicherungen, Herausforderungen und Bedrohungen zeigt der 16. Kinder- und Jugendbericht deutlich auf: Ambivalenzen der Globalisierung, Klimawandel und Naturzerstörung, die Bewältigung der Pandemie, Flucht

und Migration, die Ambivalenzen der Digitalisierung oder die Folgen des demografischen Wandels, Aufrüstung und Kriegsgefahr (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 85). Sie werden als Folgen sogenannter gesellschaftlicher „Megatrends“ (Naisbitt 1982) dargestellt und führen zu Phänomenen wie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und pauschalisierenden Ablehnungskonstruktionen, Rechtsextremismus oder Islamismus. Solche Phänomene bedrohen in ganz erheblicher Weise die Demokratie und stellen Kinder und Jugendliche vor neue Herausforderungen.

Demokratie und Politik – Konzepte

Demokratische Gesellschaften brauchen mündige Bürgerinnen und Bürger, die in der Lage sind, ihre Interessen in Politik und Gesellschaft zu vertreten und aktiv mitzugestalten. In Anlehnung an Meyer (2000) und Patzelt (2001) definiert die Sachverständigenkommission des 16. Kinder- und Jugendberichts Politik als „(...) die Gesamtheit der Aktivitäten und Strukturen, die auf die Herstellung, Durchsetzung und Infragestellung allgemein verbindlicher und öffentlich relevanter Regelungen in und zwischen Gruppierungen von Menschen abzielt“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 108). Politik als Begriff umfasst damit immer drei Dimensionen, die im Englischen durch drei Begriffe deutlich unterschieden werden können:

- Die polity-Dimension fragt nach den institutionellen Strukturen und normativen Grundlagen.
- Die politics-Dimension bezeichnet den politischen Prozess, also die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Akteuren auf der Grundlage ihrer divergierenden Interessen.
- Die policy-Dimension bezeichnet die Inhalte, d.h. Politikfelder wie Umweltpolitik, Sozialpolitik etc., auf die sich die Interessenauseinandersetzungen und schließlich die verbindlichen Regelungen beziehen (Meyer 2000, S. 52).

Mit diesem Politikbegriff ist es möglich, nicht nur die zentralen politischen Institutionen, sondern alle individuellen und kollektiven Akteurinnen und Akteure, die sich politisch engagieren, in den Blick zu nehmen.

Ähnliches gilt für den Demokratiebegriff – auch hier sollte es möglich sein, neben dem Handeln der Akteurinnen und Akteure die Strukturen zu betrachten. Dieses spiegelt sich in den drei Dimensionen des Demokratiebegriffs wider, der dem 16. Kinder- und Jugendbericht zugrunde liegt (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 110): „Die formale Dimension der Demokratie umfasst die Art, wie allgemein verbindliche Regeln aus dem Konflikt verschiedener Interessen durch Partizipation, Repräsentation, den Wettbewerb verschiedener Konzepte und Diskursivität hergestellt, durchgesetzt und infrage gestellt werden. Die substantielle Dimension der Demokratie beschreibt den unhintergehbaren Kern und besteht in der Geltung fundamentaler Prinzipien wie Rechtsstaatsprinzip, Gewaltenteilung (Machtbegrenzung), Gleichheitsprinzip, Pluralismus, Menschenrechte und Minderheitenschutz. Die dritte, die prozesshafte Dimension, bezeichnet die Tatsache, dass Demokratie in ihrer konkreten Erscheinungsform einer historischen Genese unterliegt und immer neu ausgehandelt werden muss“.

Demokratische Bildung ist politische Bildung

Dass sich der 16. Kinder- und Jugendbericht dafür ausspricht, politische Bildung von Demokratiebildung nicht zu trennen, wird deutlich, wenn man sich die Definition politischer Bildung anschaut, der sich die Autorinnen und Autoren des Berichts anschließen. Sie stammt aus der

„Charta zur Politischen und Menschenrechtsbildung“ des Europarats 2010, nach der „politische Bildung (Education for Democratic Citizenship), die Bildung, Ausbildung, Bewusstseinsbildung, Information, Praktiken und Aktivitäten sind, deren Ziel es ist, Lernende durch die Vermittlung von Wissen, Kompetenzen und Verständnis sowie der Entwicklung ihrer Einstellungen und ihres Verhaltens zu befähigen, ihre demokratischen Rechte und Pflichten in der Gesellschaft wahrzunehmen und zu verteidigen, den Wert von Vielfalt zu schätzen und im demokratischen Leben eine aktive Rolle zu übernehmen, in der Absicht, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern und zu bewahren“ (CM/Rec (2010)7, I, S. 2).

Nach dieser theoretischen Klärung, die weitaus mehr Begriffe und Konzepte beinhaltet, werden im 16. Kinder- und Jugendbericht Leitfragen und analytische Kategorien entwickelt, um dann den Fokus auf die Prozesse der Aneignung politischer Bildung zu legen. Diese Aneignung nimmt nicht nur Vermittlungsprozesse politischer Prozesse in den Blick, sondern auch Prozesse politischer Selbstbildung. Sie wird in Räumen politischer Bildung verortet (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 133).

Politische Bildung findet in sozialen Räumen statt

Martina Löw prägt in ihren raumsoziologischen Arbeiten ein Konzept, mit dem es möglich ist, die Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen nicht nur als vorgefertigte Container zu beschreiben, sondern beispielsweise auch ihre Veränderbarkeit oder soziale Konstruktion zu berücksichtigen. Räume sind hiernach nicht dasselbe wie Orte; Räume können sich überschneiden, darüber hinaus ermöglichen digitale Techniken, dass Jugendliche auch in mehreren Räumen gleichzeitig präsent sein können (Löw 2017).

Für den 16. Kinder- und Jugendbericht wurden insgesamt elf Räume ausgewählt, nämlich die Familie, die Kindertagesbetreuung, die Schule, die berufliche Bildung, Proteste, soziale Bewegungen und Jugendkulturen, Medien und digitale Welten, Kinder- und Jugendarbeit, parteinahe Jugendbildung, Hochschule, Freiwilligendienste und

Demokratische Gesellschaften brauchen mündige Bürgerinnen und Bürger, die in der Lage sind, ihre Interessen in Politik und Gesellschaft zu vertreten und aktiv mitzugestalten.

Bundeswehr. Für diejenigen Räume, die für Kinder und Jugendliche eine große Bedeutung besitzen, aber im Hinblick auf politische Bildung bislang eher als vernachlässigt gelten, wird im Bericht der Begriff der „unterschätzten Räume“ geprägt (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 477). Hiermit liefert der 16. Kinder- und Jugendbericht erstmals eine breite und umfassende Übersicht über alle sozialen Räume, innerhalb derer politische Bildung stattfindet.

Analytisch werden für alle sozialen Räume zunächst allgemeine Leitfragen zur Beschreibung der Räume beantwortet,

zum Beispiel wie die Räume konstituiert werden, wie ihre Grenzen definiert sind, welche Akteurinnen und Akteure sich in einem Raum befinden oder in welchem Maß ein sozialer Raum politisch adressierbar ist.

Neben diesen Fragen werden darüber hinaus zu jedem Raum 13 weitere Fragen gestellt und

beantwortet, um möglichst umfassend die Aneignungsprozesse politischer Bildung darzustellen, und zwar sortiert nach den drei dargestellten Demokratiedimensionen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 130 ff):

Der Einfluss der Familie beginnt mit der Herausbildung grundlegender Werte und Haltungen, darüber hinaus machen Kinder und Jugendliche im Familienalltag konkrete Erfahrungen von Mitbestimmung.

Demokratie als Bildungsgegenstand Was wird in diesem Raum an Bildungsangeboten gemacht, die Politik zum Gegenstand haben? Welches Wissen wird vermittelt bzw. angeeignet? Welches Alltagswissen bringen Kinder und Jugendliche mit ein? Welche Kompetenzaneignungen finden statt?

Demokratie als Bildungsstruktur Wie demokratisch sind die Bildungsstrukturen? Wie demokratisch sind die Strukturen des sozialen Raums? Wo sind sie eher hierarchisch und funktional strukturiert?

Demokratie als Erfahrung politischer Selbstbildung Wie eignen sich Kinder und Jugendliche den (jeweiligen) sozialen Raum an? Welche Bildungserfahrungen politischer Subjektwerdung machen sie in dem Raum? Inwiefern nehmen sich Kinder und Jugendliche als kollektive politische Subjekte wahr? Was fördert, was behindert die politische Subjektwerdung? Wo erfolgt die politische

Subjektwerdung in kollektiven Lernprozessen (Rahmungen), wo eher individuell?

Die Beantwortung der Fragen macht die Kapitel zwar umfangreich, gleichzeitig aber auch zu einem umfassenden Nachschlagewerk politischer Bildung in Deutschland.

Politische Bildung stärken

Im Mittelpunkt des dritten Teils des 16. Kinder- und Jugendberichts stehen eine Bilanz und sich hieraus entwickelnde Handlungsempfehlungen. Wenn, so die Annahme dieses Teils des Berichts, „politische Bildung und politische Partizipation in einem engen Wechselverhältnis zueinander stehen, also einerseits Beteiligung an politischen Aktivitäten zur politischen Bildung motiviert und andererseits politische Bildung das Repertoire politischen Handelns erweitert, dann müssen in den sozialen Räumen hierfür die Voraussetzungen geschaffen werden“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 42). Ganz konkret finden sich im dritten Teil des Berichts Vorschläge für solche Voraussetzungen, die sich an den dargestellten Räumen orientieren und exemplarisch für die Familie, die Kindertagesbetreuung, die Schule und Ganztagsbildung, die Kinder- und Jugendarbeit, für die Proteste und sozialen Bewegungen sowie die Freiwilligendienste dargestellt werden.

Familie

Der Familie kommt heute sowohl für das Aufwachsen junger Menschen als auch für die politische Bildung eine wesentliche Rolle zu: Ihr Einfluss beginnt mit der Herausbildung grundlegender Werte und Haltungen, darüber hinaus machen Kinder und Jugendliche im Familienalltag konkrete Erfahrungen von Mitbestimmung.

Der 16. Kinder- und Jugendbericht kritisiert, dass nicht nur die Bildungschancen in Deutschland nach wie vor zu stark an die Bildungshintergründe der Eltern und die Lebensumstände der Familie gekoppelt sind, sondern auch die politischen Haltungen und Erfahrungen, die Kinder und Jugendliche in ihren Familien machen. Er fordert dementsprechend Verbesserungen bei der Unterstützung und Begleitung des Familienalltags, zum Beispiel durch Angebote der Familienbildung, insbesondere für solche Familien, die von antidemokratischen Orientierungen und damit einhergehenden Verhaltensweisen ihrer Kinder betroffen

Quellen

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin.

Europarat (2010): Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung. Empfehlung CM/Rec (2010)7, I, des Ministerkomitees des Europarats an die Mitgliedsstaaten (verabschiedet vom Ministerkomitee am 11. Mai anlässlich der 120. Versammlung. Strasbourg.

Löw, M. (2017): Raumsoziologie. Frankfurt a.M. 9. Auflage.

Meyer, T. (2000): Was ist Politik? Opladen.

Naisbitt, J. (1982): Megatrends. Ten New Directions Transforming Our Lives. New York.

Patzelt, W.J. (2001): Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung. Passau. 4. Überarbeitete und wesentlich erweiterte Auflage.

sind. Neben einer Förderung gewaltfreier Erziehung und demokratischer Erziehungsstile empfiehlt der Bericht, Angebote für Familien und ihrer Netzwerke zu stärken, die diese brauchen, um einen demokratischen Alltag zu leben.

Kindertagesbetreuung

Die frühkindliche Bildung fördert die Entwicklung von Kindern und trägt zu gleichen Startbedingungen und Teilhabechancen bei. So hat auch die Kindertagesbetreuung den Auftrag, Kinder auf das Zusammenleben in einer vielfältigen und demokratisch verfassten Gesellschaft vorzubereiten.

Der 16. Kinder- und Jugendbericht fordert, Kinder ernst zu nehmen sowie ihre Rechte und ihre Anliegen zu achten: Kinder sollten im Alltag beteiligt werden und erleben, dass sie ihn mitgestalten können. Dementsprechend sollten Kinderrechte, Demokratiebildung und Partizipation ein fester Bestandteil des pädagogischen Alltags sein und eine stärkere Gewichtung in den Bildungsplänen der Länder, in der Ausbildung von Fachkräften sowie in der Qualitätssicherung und -entwicklung finden.

Schule und Ganztagsbildung

Die Schule zählt heute zu den zentralen Orten demokratischer Bildung. Sie ist dort ein speziell ausgewiesenes Unterrichtsfach, Querschnittsaufgabe in allen Fächern, Bildungsprinzip der Schule und Strukturprinzip im Rahmen einer demokratischen Schulentwicklung. Der 16. Kinder- und Jugendbericht attestiert der Schule in allen Bereichen politischer Bildung Defizite. Empfohlen wird daher, die Sicherstellung einer Mindeststundenzahl von zwei Wochenstunden in allen weiterführenden Schularten durchgängig von Klasse fünf bis zehn sowie die Möglichkeiten politischer Bildung auch in den Grundschulen zu nutzen.

Politische Bildung in der Schule ist aber nicht auf den Unterricht beschränkt, sondern betrifft auch maßgeblich eine demokratische Schulkultur einschließlich der Mitbestimmung durch die Schülerinnen und Schüler.

Um politische Bildung auch im Ganztag zu verankern, ist eine verstärkte Kooperation zwischen außerschulischen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und Schulen nötig. Der 16. Kinder- und Jugendbericht schlägt vor, politische Kinder- und Jugendbildung über Projektstage, Projektwochen oder andere Angebote zu fördern.

Der 16. Kinder- und Jugendbericht attestiert der Schule in allen Bereichen politischer Bildung Defizite.

Kinder- und Jugendarbeit

Der Kinder- und Jugendarbeit spricht der 16. Kinder- und Jugendbericht einen großen Beitrag zur politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen zu. Dazu gehören außerschulische Bildungsstätten, Jugendverbände, die offene Kinder- und Jugendarbeit, internationale Kinder- und Jugendarbeit, die kulturelle Kinder- und Jugendbildung und die Kinder- und Jugendarbeit im Sport.

Politische Bildung findet in all diesen Praxisfeldern der Kinder- und Jugendarbeit statt, wenn auch mit deutlich unterschiedlichen Akzentsetzungen. Vor dem Hintergrund einer seit Jahren zurückgehenden Zahl an Einrichtungen der außerschulischen politischen Jugendbildung, insbesondere der Jugendbildungsstätten, empfiehlt der Bericht, neben den befristeten Förderprogrammen auch die etablierten und rechtlich abgesicherten Regelstrukturen in diesem Bereich auszubauen.

Politische Bildung wird in der außerschulischen politischen Jugendbildung, der Kinder- und Jugendverbandsarbeit

Aus der Sicht des 16. Kinder- und Jugendberichtes bewegt sich politische Bildung zu häufig allein in nationalstaatlichen Kontexten; dementsprechend wird für mehr transnationale Bildungserfahrungen plädiert und dafür, Migration als eine gesellschaftliche Normalität und ein kontinuierliches Element in der deutschen und europäischen Geschichte, Gegenwart und Zukunft zu verstehen.

und der offenen Kinder- und Jugendarbeit zumeist als geplante politische Bildung und als situativ anlassbezogene politische Bildung gelebt. Sie sind Ausdruck einer Praxis, die auf den Prinzipien der Interessenorientierung, Freiwilligkeit und Beteiligung basiert und sollten gefördert werden.

Proteste und soziale Bewegungen

Große Bedeutung für die politische Bildung von jungen Menschen sieht der 16. Kinder- und Jugendbericht in sozialen Bewegungen und Protestformationen, wie zum Beispiel bei Fridays for Future und in den LSBTTIQ*-Bewegungen. Er empfiehlt dementsprechend, solche Formen des Engagements, Organisationen und Bildungsträger stärker zu unterstützen, ihnen Plattformen zur Vernetzung sowie öffentliche Räume als Treffpunkte zur Verfügung zu stellen und barrierefrei zu informieren, zum Beispiel wie eine Demonstration angemeldet werden kann und was dabei zu beachten ist.

Freiwilligendienste

Eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements in vielfältigen sozialen, ökologischen, internationalen und entwicklungspolitischen Einsatzfeldern sind Freiwilligendienste. Sie ermöglichen durch die praktische Arbeit an der Einsatzstelle vielfältige (politische) Bildungsmöglichkeiten. Der 16. Kinder- und Jugendbericht empfiehlt, allen jungen Menschen, unabhängig von Herkunfts- oder Bildungsbiografien sowie individuellen Beeinträchtigungen, einen Freiwilligendienst zu ermöglichen. Zudem empfiehlt er, die Beteiligungsrechte von Freiwilligen auszuweiten, sich über Kernziele politischer Bildung zu verständigen und den Trägern die Möglichkeit einzuräumen, in den Schulen ebenso präsent zu sein wie die Bundeswehr mit ihren Jugendoffizieren (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020).

Fazit: Politische Bildung muss selbstverständlicher Bestandteil jeder Kinder- und Jugendpolitik sein

Handlungsempfehlungen lassen sich jedoch nicht nur für die einzelnen Räume aufzeigen, sondern betreffen auch ihre Vernetzung und Kooperation: So leitet der 16. Kinder- und Jugendbericht ein Recht aller jungen Menschen auf politische Bildung aus ihrem Recht auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit (§ 1 SGB VIII) sowie aus dem über die UN-Kinderrechte verbrieften Recht auf Bildung ab. Er empfiehlt, dieses Recht auf politische Bildung in allen Landesverfassungen zu verankern. Zudem sollten die Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden. Unstrittig ist darüber hinaus, dass sich erfolgreiche politische Bildung auch gegen jegliche Form des Extremismus wendet, aber der Auftrag der politischen Bildung nicht auf Extremismusprävention verkürzt werden sollte.

Aus der Sicht des 16. Kinder- und Jugendberichtes bewegt sich politische Bildung zu häufig allein in nationalstaatlichen Kontexten; dementsprechend wird für mehr transnationale Bildungserfahrungen plädiert und dafür, Migration als eine gesellschaftliche Normalität und ein kontinuierliches Element in der deutschen und europäischen Geschichte, Gegenwart und Zukunft zu verstehen.

Der Bericht stellt gleichzeitig fest, dass Partizipation zwar eine notwendige, aber noch keine hinreichende

Der Autor

Prof. Dr. Christian Palentien

Leiter des Arbeitsbereichs „Bildung und Sozialisation“ und stellvertretender Direktor des Zentrums für Lehrerinnen- und Lehrerbildung und Bildungsforschung der Universität Bremen, Vorsitzender der Sachverständigenkommission des 16. Kinder- und Jugendberichts

Kontakt

Universität Bremen, Fachbereich 12
Erziehungs- und Bildungswissenschaften
<https://www.uni-bremen.de/fb12/arbeitsbereiche/abteilung-allgemeine-erziehungswissenschaft/bildung-und-sozialisation>



Voraussetzung für politische Bildungsprozesse ist. Vielmehr müssen Erfahrungen mit Beteiligung immer hinterfragt werden. Was lernen junge Menschen, wenn sie sich politisch beteiligen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020)?

Insgesamt macht der 16. Kinder- und Jugendbericht an einer Reihe von Stellen deutlich, dass es erheblicher

Anstrengungen fachlicher, institutioneller und förderpolitischer Art bedarf, um politischer Bildung zu dem Stellenwert zu verhelfen, der ihr aus Sicht der Sachverständigenkommission zukommen muss. Politische Bildung muss damit nicht nur selbstverständlicher Bestandteil jeder Kinder- und Jugendpolitik werden, sondern bedarf auch der entsprechenden institutionellen Absicherung – einschließlich entsprechend qualifizierter Fach- und Lehrkräfte! ■

Uli Sailer, Udo Wenzl

Jugendbeteiligung offline und online gestalten

Die Kommune als Lebens- und Lernort der Demokratie

„Kommune, das ist weit mehr als eine Verwaltungseinheit, das sind wir alle. Kommune bedeutet ursprünglich ‚Gemeinschaft‘: die Familie, das Dorf, die Stadt. Das sind die wahren Lernorte, für Kinder wie für Erwachsene. Hier lernt der junge Mensch, worauf es im Leben ankommt, wie man gemeinsam mit anderen sein Leben gestaltet und Verantwortung übernimmt.“
(Gerald Hüther: *Kommunale Intelligenz*, 2013, Klappentext)

Die partizipativen Strukturen innerhalb der Kommunen sind bis heute sehr unterschiedlich ausgeprägt und erfüllen nur bedingt die Voraussetzungen, einladend und beteiligend für alle Jugendlichen zu sein. Denn hier gibt es, wie auch bei Erwachsenen, junge Menschen, die sich gerne artikulieren und diejenigen, die nicht angesprochen werden wollen. Es gibt junge Menschen, deren Elternhäuser unterschiedlich unterstützend aktiv sind und diejenigen, die sich viel selbst erarbeiten müssen. Da gibt es junge Menschen, die schon als Kind ihren Weg in gemeinschaftliche Strukturen gefunden haben und in einer tollen Peergroup sind. Andere dagegen sind in ihrem Sein und Handeln sehr auf sich gestellt. Dennoch sind sie alle junge Menschen einer Gemeinde, einer Stadt, eines Stadtteils, eines Ortsteils.

Wenn junge Menschen schlechte Erfahrungen in ihrem Herkunftssystem machen, dann ist die nächsthöhere Ebene des gemeinschaftlichen Lebens die Kommune. Wenn Familien keine Erfahrungsräume für Gemeinschaft und Teilhabe mehr bieten können, müsste dies von jenen Gemeinschaften übernommen werden, in die die Familien eingebettet sind, also den jeweiligen Kommunen (vgl. Hüther 2013, S.10).

„Man müsste die in eine Kommune hineinwachsenden Kinder und Jugendlichen nur endlich einladen, sie ermutigen und kompetent begleiten, um herauszufinden, wozu sie wirklich in der Lage sind, wenn ihnen Gelegenheit geboten wird, Verantwortung zu übernehmen und zu zeigen, was sie können.“ (Hüther 2013, S. 68)

Die kommunale Jugendbeteiligung ermöglicht vieles von dem, was hier beschrieben ist. Durch die unterschiedlichen Angebote der kommunalen, verbandlichen und offenen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit haben wir in den letzten Jahren viel gestaltet. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist ein abgestimmtes und vernetztes Handeln aller wichtigen Bildungsakteur_innen. Dies fängt damit an, wie schulische und außerschulische Bildungsträger miteinander in Kontakt sind und kooperieren. Dabei sind kommunale Koordinierungs- und Managementstellen hilfreich, die für diese Vernetzung aktiv sorgen und ein Bindeglied sind. Entscheidend ist aber auch, mit welcher Haltung politisch Verantwortliche ihre Aufgabe sehen und welche Freude sie selbst an Beteiligungsprozessen haben.

Die Kommune entdecken und erleben

Kommunen sind Beteiligungsorte - und zugleich Bildungsorte für alle Generationen. Kinder und Jugendliche sollten dabei besonderes im Blick sein, denn sie sind Gegenwart und Zukunft in einem. Werden sie frühzeitig ins kommunale Geschehen einbezogen, kann eine hohe Identifikation mit dem Gemeinwesen entstehen. Dies bedeutet u.a., Gemeinschaft und Wertschätzung zu erfahren und Beteiligung zu lernen, um auf diesem Wege möglichst früh positive Erfahrungen mit demokratischen Entscheidungsprozessen zu machen. Junge Menschen können auf der kommunalen Ebene unmittelbar erfahren, wie gemeinsam mit anderen ein sozial gedeihliches Zusammenleben verantwortungsvoll gestaltet werden kann.

Die Entwicklung des demokratischen Bewusstseins steht im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit. Diese Grundlagen können nicht theoretisch gelernt werden, sie müssen durch eigene Erfahrungen erworben werden.

Potenziale in der Gemeinschaft entwickeln und erfahren

Die Entwicklung des demokratischen Bewusstseins steht im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit. Diese Grundlagen können nicht theoretisch gelernt werden, sie müssen durch eigene Erfahrungen erworben werden. Entscheidende Lernfelder hierbei sind die vielfältigen Handlungsfelder der Kommunen. Hier finden Jugendliche „vielfältige Gelegenheiten, um am eigenen Leib spüren zu können, wie es sich anfühlt eine

Herausforderung zu meistern, seine eigenen Ängste zu ‚besiegen‘, mit Geduld und Ausdauer bei der ‚Sache‘ zu bleiben, Niederlagen zu ertragen oder Fehler zu akzeptieren. Und ebenso ist es wichtig für sie zu erfahren, was es bedeutet – und wie es sich anfühlt -, miteinander etwas zu entdecken und zu gestalten, füreinander einzustehen und aufeinander Rücksicht zu nehmen.“ (Hüther 2013, S. 18)

Jugendbeteiligung ist ein Teil der gemeinwesenorientierten Bildung und Beteiligung sowie eine wichtige Form von Erfahrungslernen. Es ist nicht nur wesentliches Ziel, an unterschiedlichen Bildungsorten Wissen zu erlangen, sondern die „strukturelle, soziale und ökonomische Entwicklung der Kommune“ (Hüther 2013, S. 94) zu erkennen und diese in die Bildungsangebote und Beteiligungsformate zu integrieren. Die Voraussetzungen der jungen Menschen sind hier sehr unterschiedlich. Aber kommen sie alle an einem gemeinschaftlich gestalteten Ort zusammen, zum Beispiel in einer großen Sport- oder Stadthalle, kann dies zu einer neuen Erfahrung der Begegnung und Beteiligung führen.

Verlässliche Beteiligung junger Menschen

Durch die 2015 novellierte Gemeindeordnung von Baden-Württemberg wurde mit der verbindlich festgeschriebenen Jugendbeteiligung ein Steuerungsinstrument für eine aktivierende Jugendpolitik auf den Weg gebracht. §41a der Gemeindeordnung lautet: „Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln. Insbesondere kann die Gemeinde einen Jugendgemeinderat oder eine andere Jugendvertretung einrichten.“ (Gemeindeordnung Baden-Württemberg)

Bedeutsam sind dabei die sich rasant entwickelnde Digitalisierung und intensive Nutzung von Medien in der Jugendbildung. Sie sollten bei Beteiligungsverfahren stets im Blick sein, sodass sich Konzepte der Jugendbeteiligung offline und online „Hand in Hand“ entwickeln können.

Schulische Bildung

Die neuen Bildungspläne der allgemeinbildenden Schulen sind seit Beginn des Schuljahres 2016/2017 in Kraft. Mit Blick auf die Politik in der Gemeinde sind im Bildungsplan für die Sekundarstufe I für die Klassenstufen 7, 8 und 9 folgende Zielvorgaben zu finden: „Die Schülerinnen und

Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche Möglichkeiten Bürger und Jugendliche haben, ihre Interessen in den Entscheidungsprozess in der Gemeinde einzubringen“. Die Jugendbeteiligung ist also fest im Bildungsplan verankert.

Auch die Kolleg_innen der Schulsozialarbeit sind überwiegend in den Räumen von Schule aktiv. Sie gehören zwar nicht zum klassischen „Bildungspersonal“, sollten aber ein Interesse daran haben, dass die kommunale Jugendbeteiligung so gestaltet ist, dass alle Jugendlichen einer Kommune Zugänge dazu finden.

Außerschulische Jugendbildung und Jugendsozialarbeit

Die Angebote im Feld der außerschulischen Jugendbildung sind vielfältig. So bieten Vereine, Verbände, Jugendverbände, Offene Jugendarbeit, mobile Jugendarbeit und die kulturelle Jugendbildung Erfahrungsmöglichkeiten für Selbstorganisation und Selbstwirksamkeit an. Kern der Angebote sind vor allem Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten für junge Menschen, die auf Freiwilligkeit basieren. Die Teilnehmenden können hier ihre Bedürfnisse und Interessen einbringen. Damit kann außerhalb von Familie und Schule ein Lernen in Gruppen, Seminaren, Workshops, Projekten, internationalen Begegnungen u.a. ermöglicht werden. Sie haben für viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene eine biografische und auch politisch prägende Bedeutung.

Die kommunal ausgerichteten Jugendreferate, die auch bei freien Trägern angesiedelt sein können, leisten einen wesentlichen Beitrag zur Vernetzung aller Akteur_innen im Gemeinwesen. Neben dem schulischen und außerschulischen Feld bietet die Jugendsozialarbeit einen weiteren Zugang zu den jungen Menschen, die zum Ausgleich von Benachteiligungen Unterstützungsangebote erhalten.

Kinder und Jugendliche, die außerhalb ihres Elternhauses aufwachsen, meist in Jugendhilfeeinrichtungen, in Wohngruppen oder auch in Pflegefamilien, und nicht in ihrer Herkunftsgemeinde „unterwegs sind“, sollten ebenfalls im Blick kommunaler Jugendbeteiligung sein. Die Beteiligung junger Menschen geht weit über das hinaus, was wir als die Säulen der Jugendhilfe bezeichnen. Dabei wird meist in der Logik „11, 12, 13 oder auch 27 (Hilfe zu Erziehung)“

gedacht und gehandelt (gemeint sind die maßgeblichen Paragraphen aus dem SGB VIII). Dies sind selbstverständlich wichtige Bezugs- und Anknüpfungspunkte. Grundlegender Bezugspunkt ist jedoch der Lebensraum, die Gemeinde oder Stadt. Und dafür ist nicht maßgeblich, ob junge Menschen in ihrer Herkunftsfamilie, in einer alleinerziehenden Situation oder in einem besonderen Förderangebot sind bzw. fern ihrer Herkunftsfamilie in einer Jugendhilfeeinrichtung leben.

Digitale Lebenswelten junger Menschen in den Kommunen

Das unentwegte Kommunizieren via Messenger ist für die meisten Erwachsenen immer noch der Inbegriff digitaler Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen. Das ist nicht ganz richtig. Die Nutzung digitaler Kommunikationswege unterliegt einem ständigen Wandel. Tatsächlich gab es vor ein paar Jahren einen Wandel im Generationenverhältnis. War es nicht früher so, dass die Erwachsenen Ihren Kindern gezeigt haben, wie man kommuniziert? Angefangen beim Erlernen der Sprache und der Schrift über das Nutzen der ersten digitalen Kommunikations-Werkzeuge wie E-Mail oder Chats auf Internetseiten haben die Älteren den Jüngeren ihr Wissen weitergegeben.

Mit WhatsApp hat sich dies gewandelt. Inzwischen geben die Jugendlichen die Marschrichtung vor. Sie testen neue Anbieter und neue, angesagte digitale Tools. Erwachsene springen, oft auch unreflektiert, auf einen vermeintlichen Hype auf. In dem Moment, in dem eine kritische Masse an Erwachsenen in so einem Tool auftaucht, wird es Zeit für die Jugendlichen einen neuen Tummelplatz zu suchen. Am Beispiel Facebook ließen sich diese Entwicklungen gut beobachten. 2004 gegründet und um 2010 in Deutschland etabliert, entdeckten und besetzten es die Jugendlichen. Heute sagen Jugendliche, dass bei Facebook nur alte Leute sind. Aus diesem Grund sind sie weitergezogen zu WhatsApp, Instagram und TikTok. Oft präsentieren sie sich dort mit Bild und Video. Influencer_in ist der neue Berufswunsch vieler Jugendlichen, also der Wunsch, mit Selbstdarstellung im Internet seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Befeuert wird dieser Wunsch durch ein paar

Lernen in Gruppen, Seminare, Workshops, Projekte, internationale Begegnungen u.a. haben für viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene eine biografische und auch politisch prägende Bedeutung.

wenige Beispiele, die tatsächlich mit Influencermarketing viel Geld verdienen.

Heute, ein Jahr nach dem Beginn der Pandemie, ist die digitale Welt von Kindern und Jugendlichen noch einmal völlig durcheinandergeraten. Digitale Formate wie Moodle oder Videokonferenzen gehören aktuell zum Alltag vieler Heranwachsender. Doch sind sie für eine gezielte Nutzung dieser Tools gut vorbereitet?

Wenn digitale Medien zur Jugendbeteiligung genutzt werden, gelten die gleichen Grundsätze wie in anderen Beteiligungsformaten. Wichtig dabei ist, dass jedes Verfahren zwingend auf Wirkung angelegt ist.

Konnten Sie lernen, wie man im Netz richtig recherchiert oder hochwertige Quellen und Fake News erkennt? Fähigkeiten, die weniger mit der Pandemie als mit grundlegender Medienkompetenz zu tun haben. In den letzten Monaten wurde deutlich, dass nicht alle Kinder und Jugendlichen am „Neuland“ Internet teilnehmen

(können). Wir müssen erkennen, dass Eltern, Schulen, Sozialarbeit und alle anderen bei der (Medien)Erziehung unserer Kinder noch einiges zu tun haben. Wir können gespannt sein, welchen Hype die Kinder und Jugendlichen als nächstes mit nach Hause bringen.

Partizipation der jungen Generation in der digitalen Lebenswelt

Kann digitale Beteiligung mit Jugendlichen funktionieren, wenn diese über Medienkanäle kaum noch für Erwachsene erreichbar sind? Aber sicher! Genau wie im wahren Leben, denn für die Jugendlichen ist das Internet das wahre Leben. Es kommt auf die Ansprache und Formate an.

Jugendgerecht einladen

Bereits mit dem Einladungsmanagement muss an die digitalen Kommunikationswege der jungen Menschen angeknüpft werden. Ein Plakat hat heute nur noch eine begrenzte Wirkung. Wir müssen Formate einsetzen, die die Jugendlichen im Moment nutzen. Influencer_innen können zum Beispiel einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie für Beteiligung in der digitalen Öffentlichkeit werben.

Die Offene Jugendarbeit hat dies schnell erkannt und bereits während des ersten Lockdowns die Medien, die Kinder und Jugendliche nutzen, zur Ansprache ihrer Zielgruppe genutzt. Entstanden sind völlig neue Formate, die über verschiedene Foren wie zum Beispiel bei der AGJF und anderen Akteur_innen vor allem auf Facebook ausgetauscht werden.

Nicht selten jedoch sind die Aktionen auf Plattformen wie WhatsApp, Instagram, Discord, Twitch oder TikTok nur schwer mit dem Datenschutz und der rechtlichen Lage vereinbar. Wichtig ist und war jedoch, mit den Jugendlichen im Lockdown im Gespräch zu bleiben. Dies funktioniert nur an den Treffpunkten, die Jugendliche in Ihrer Freizeit vor Ort oder digital nutzen. Aus der Not heraus sind digitale Formate für bereits geplante Präsenz-Veranstaltungen entstanden. Jugendforen wurden einfach ins Netz verlegt. Am Anfang mehr recht als schlecht. Heute, ein Jahr nach dem ersten Lockdown, haben sich zumindest die Kinder und Jugendlichen an digitalen Unterricht gewöhnt und finden Videokonferenzen ganz normal.

Warum nutzen wir diesen „Umstand“ also nicht, um Videokonferenzräume in digitale Mitspracheplattformen zu verwandeln? Bei den im letzten Jahr stattgefundenen Formaten (zum Beispiel „Sag’s Kretschmann“, „Was uns bewegt“ oder auch „Werkstattgespräche mit Jugendlichen im ländlichen Raum“) konnte ein deutlicher Abbau von Hemmschwellen, zum Beispiel bei Diskussionen mit

Die Autoren



Udo Wenzl

Systemischer Kommunalberater für Kinder-, Jugend- und Bürger_innenbeteiligung, Waldkirch

Kontakt

info@udowenzl.de
www.udowenzl.de

Uli Sailer

Kommunalberater, Digitalstrategie

Kontakt

info@uli-sailer.de
www.uli-sailer.de

Politik-Promis, festgestellt werden. Hinzu kommt, dass die Teilnehmenden bei digitalen Jugendbeteiligungsformaten deutlich vielfältiger sind, als dies bei Präsenzveranstaltungen der Fall ist.

Kompetenzen erweitern

Auch die Anzahl der Mitmachenden scheint, so ist der Eindruck, höher zu sein als in den Rathäusern. Der Zugang ist ja auch nur einen ‚Klick‘ entfernt. In anderen Veranstaltungen moderieren junge Menschen neuerdings Themen, die sie interessieren. Apropos Moderationen – wer schreibt heute noch Buchstaben in den Chat, man schickt sich eine Sprachnachricht. Nutzen wir doch die Sprache und damit die Stimme der Jugendlichen, um ihre Anliegen nach vorne zu bringen.

Potenziale und Chancen

Gerade im ländlichen Raum sind die „Probleme“ bei Themen wie Bildung oder der Mobilität von Jugendlichen ähnlich. Nutzen wir das Potenzial junger Menschen, vernetzt über Orts- und Landkreisgrenzen hinweg miteinander ins Gespräch zu kommen. Das kann nur (digitale) Jugendbeteiligung! Dennoch sollten wir im Blick haben, dass wir über diese digitalen Wege bestimmte Zielgruppen nicht erreichen.

Wenn digitale Medien zur Jugendbeteiligung genutzt werden, gelten die gleichen Grundsätze wie in anderen Beteiligungsformaten. Wichtig dabei ist, dass jedes Verfahren zwingend auf Wirkung angelegt ist. Das was dort passiert, sollte echten Einfluss auf Entscheidungen haben, um die vollen Potenziale, die in der digitalen Jugendbeteiligung stecken, genauso wie bei der Beteiligung vor Ort ausschöpfen zu können. ■

Boris Brokmeier

Politische Bildung ist Jugendschutz und nicht neutral

Bedarf das Jugendschutzgesetz einer Ergänzung um das demokratische Wohl von Kindern und Jugendlichen? Diese Frage kann bzw. muss man diskutieren, um die Erziehung zu Demokratie und Menschenrechten von Minderjährigen nicht zu gefährden.

Auf Demonstrationen und öffentlichen Veranstaltungen, wo zum Beispiel offen Rassismus gepredigt oder gegen Fremde und Homosexuelle gehetzt wird, sind immer wieder Kinder und Jugendliche, allein oder in Begleitung ihrer Eltern, anzutreffen. Geht von diesen Veranstaltungen nicht eine unmittelbare Gefahr zumindest für das geistige oder seelische Wohl aus, so wie es das Jugendschutzgesetz beschreibt?

Junge Menschen sind eine wichtige Zielgruppe für schulische und außerschulische Angebote der politischen Bildung. Doch diese steht in bestimmten Kreisen im Verdacht, tendenziös zu sein und den Teilnehmenden eine Meinung vorzuschreiben. Dem entgegen steht der „Beutelsbacher Konsens“ – gewissermaßen das Jugendschutzgesetz der politischen Bildung. Er garantiert so etwas wie einen Jugendschutz für Demokratie. Entstanden ist er im Jahr 1976

als Übereinkunft der Träger politischer Bildung und Resultat einer langjährigen Auseinandersetzung um Zielsetzungen und Ausrichtung der politischen Bildungsarbeit.

Der wichtigste Konsenspunkt stellt das Überwältigungsverbot dar: Demnach ist es „nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der „Gewinnung

eines selbstständigen Urteils“ zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination.“ Dieser Grundsatz wird richtigerweise als Gebot der Neutralität definiert, allerdings mit dem Erstarken rechtsextremistischer und -populistischer Parteien und Organisationen immer häufiger von diesen gegenüber den Akteu_r_innen der politischen Bildung eingefordert. Sie wollen verhindern, dass ihre eigene Demokratiefeindlichkeit thematisiert wird. Aber: Neutralität hat Grenzen. Und zwar dort, wo die Demokratie ausgehöhlt werden und Schaden nehmen soll.

Der soeben veröffentlichte 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung zur „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ positioniert sich zu diesem Thema unmissverständlich: „Politische Bildung ist deutlich positioniert, wenn menschenfeindliche Haltungen, Ideologien der Ungleichheit und der Ungerechtigkeit

oder antidemokratische Einstellungen propagiert werden.“ Politische Bildung ist Bildung für Demokratie und Menschenrechte und damit in dieser Frage nicht neutral, sondern deren ausdrücklicher Verfechter. Die Autor_innen des Berichts stellen darüber hinaus fest, dass Kinder und Jugendliche ein Recht auf politische Bildung haben, wie es bereits in einigen Landesverfassungen verankert ist.

Ein weiterer Beutelsbacher Konsenspunkt fordert, dass junge Menschen in die Lage versetzt werden müssen, „eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren“. Warum gibt es also Corona-Proteste und -Leugner? Welche Ideologie steckt dahinter und wird dadurch mein Interesse an freier Meinungsäußerung und demokratischer Kultur beeinträchtigt? Diese Fragen deuten auf den Anspruch politischer Bildung für Kinder und Jugendliche hin, Dinge einordnen und verstehen zu können. Diese Urteilsfähigkeit, wie es Oskar Negt formulierte, verbunden mit eigener Handlungs- und Partizipationskompetenz muss gegeben sein, damit Kinder und Jugendliche einschätzen können, was die Teilnahme an einer Corona-Protest-Demonstration bedeutet und ob es sich dabei um eine demokratiefeindliche Veranstaltung handelt. Solange sie das nicht selbstständig beurteilen können, benötigen sie Unterstützung durch Angebote der politischen Bildung – als präventiven Jugendschutz für Demokratie und Menschenrechte. ■

Hinweis: Der vorliegende Text beruht auf den Ausführungen des Autors in der Fachzeitschrift Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJUG) 3-2020 „Kinderrechte im Jugendschutz“.

Solange Kinder und Jugendliche politische Situationen nicht selbstständig beurteilen können, benötigen sie Unterstützung durch Angebote der politischen Bildung – als präventiven Jugendschutz für Demokratie und Menschenrechte.

Der Autor

Boris Brokmeier

Vorsitzender des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) und Leiter der Ländlichen Heimvolkshochschule Mariaspring in Bovenden bei Göttingen, von 2002-2016 Bundestutor des AdB für politische Jugendbildung

Kontakt

brokmeier@mariaspring.de



Wenn mein Körper mir gehört und meine Zähne auch, dann ...

Warum die Partizipation von Kindern der Schlüssel zur Demokratiebildung ist

Demokratiebildung gehört zu den Kernaufgaben der frühkindlichen Bildung. Partizipation von Kindern, Beschwerdemöglichkeiten, Kinderrechtebildung – all dies ist schon lange gesetzlich verankert. Aber zwischen gesetzlichem Anspruch und der Realität klaffen noch große Lücken. Hier setzen die Angebote zur Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung an.

Vor einigen Jahren haben meine Kinder in ihrer Kita an einem Präventionsprojekt zum Schutz vor (sexualisierter) Gewalt teilgenommen. Ich habe dies bis heute in guter Erinnerung, denn sie waren „voll begeistert“ und bauten sich in den folgenden Wochen bei jeder mehr oder weniger passenden Situation breitbeinig vor uns auf, hielten uns den ausgestreckten Arm mit offener Handfläche entgegen und riefen laut: „Halt Stopp – nicht mit mir!“ Sie hatten die Botschaft „Mein Körper gehört mir!“ ziemlich gut verstanden. Es war aber nicht die einzige Wirkung dieses Projektes in unserer Familie: In der Folgezeit argumentierte meine Älteste vor allem so: Wenn mein Körper mir gehört und die Zähne zu meinem Körper gehören, dann ist es doch auch meine Entscheidung, ob ich meine Zähne putze oder nicht. Ich fand das schlüssig argumentiert und muss bis heute an diese Unterhaltung denken; denn im Kern führen wir diese Diskussionen bis heute – verstärkt wieder seit Beginn der Pubertät. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche (Mitbestimmungs-)Rechte unsere Kinder haben und wie sich diese zur elterlichen Verantwortung verhalten. Was dürfen Kinder in welchem Entwicklungsstadium allein entscheiden, was dürfen sie mitbestimmen, und welche Entscheidungen behalten wir Erwachsenen uns vor? Diese Fragen stellen sich nicht nur in den Familien. Sie stellen sich auch in den meisten anderen Lebenswelten der Kinder, allen voran in den Angeboten der Kindertagesbetreuung. Sich mit diesen Fragen zu beschäftigen, bewirkt bei den meisten Menschen – mehr oder weniger bewusst – Demokratiebildung.

Demokratie als Lebensform – Kita als Mikrokosmos

Demokratie assoziieren die meisten Menschen mit Politik und Regierung, also den mehr in der Ferne liegenden Welten der Erwachsenen. Dem ist aber nicht so: Demokratie ist ein vielschichtiger Begriff, es gibt verschiedene Zugangsmöglichkeiten. Der erste Zugang im Leben eines Menschen ist das, was unter „Demokratie als Lebensform“ (John Dewey) firmiert. Hier geht es vor allem um das alltägliche Leben oder die Kultur des sozialen Zusammenlebens. Für die Demokratiebildung geht es um die Frage: Wie kann Demokratie erfahrbar gemacht werden und wie können solche Erfahrungen wachsen? Der Blick richtet sich auf die Mikro-Ebene demokratischer Kultur. Er ist mit der Zuversicht verbunden, eine längerfristige bzw. nachhaltige Wirkung zu erzielen, die vor Ideologien ungleichwertigen Lebens, vor Populismus, Rechtsnationalismus und Radikalismus schützt.

Im Mittelpunkt steht die Frage, welche (Mitbestimmungs-) Rechte unsere Kinder haben und wie sich diese zur elterlichen Verantwortung verhalten. Was dürfen Kinder in welchem Entwicklungsstadium allein entscheiden, was dürfen sie mitbestimmen, und welche Entscheidungen behalten wir Erwachsenen uns vor?

Kitas und Kindertagespflegestellen bieten erste Erfahrungsräume

Die meisten Kinder in Deutschland besuchen heute vor dem Schuleintritt eine Kita. Hier erleben sie zum ersten Mal eine Gemeinschaft mit Menschen – eine Mikrogemeinschaft – außerhalb ihres vertrauten familiären Umfelds und die Möglichkeit, im Miteinander weitere wichtige Erfahrungen zu sammeln. Für die Demokratiebildung ergibt sich so die Möglichkeit, möglichst früh sehr viele Kinder erreichen zu können.

Wie die Wohlfahrtsverbände Demokratie und Vielfalt fördern

Die Wohlfahrtsverbände sind Träger von zirka zwei Dritteln (37.600) der rund 56.000 Kindertageseinrichtungen bundesweit. Hier setzt das Projekt „Demokratie und

Demokratiebildung ist eine Kernaufgabe der Kindertagesbetreuung und als solche gesetzlich verankert!

Vielfalt in der Kindertagesbetreuung“ strukturell an. Es ist ein Kooperationsprojekt der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe, AGJ (mehr unter www.duvk.de),

und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Jeder Wohlfahrtsverband wirbt bei Kindertageseinrichtungen für das Anliegen der Demokratiebildung und Vielfaltsgestaltung. Dabei richtet sich das Angebot an pädagogische und

nicht-pädagogische Fachkräfte, Kindertagespflegepersonen, Eltern und Elternvertretungen und über diese an Kinder. Diese drei Zielgruppen sollen vor allem für die Demokratiebildung gewonnen und qualifiziert werden, sie sollen aber auch für Erscheinungsformen von Demokratiefreundlichkeit und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sensibilisiert und in einem kompetenten Umgang mit diesen Phänomenen gestärkt werden. Zugleich soll damit ein Beitrag zur Qualitätsentwicklung im Bereich der frühen Bildung geleistet werden.

Dabei gilt: Demokratiebildung ist eine Kernaufgabe der Kindertagesbetreuung und als solche gesetzlich verankert! Sie ist nicht als zusätzliche Aufgabe oder gar Luxusaufgabe anzusehen. Was für die gesamte Kinder- und Jugendhilfe gilt, gilt auch für die Kindertagesbetreuung und findet sich im ersten Satz des Präambel-Paragrafen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“

Und weiter im § 8 Abs. 1 Satz 1: „Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.“ Das Recht der Kinder wird seit 2012 ergänzt durch die Verpflichtung der Träger in § 45 Abs. 2 Satz 3 „... zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung geeignete Verfahren der Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten“ bereit zu halten.

Das (Völker-)Recht der Kinder

Seit die UN-Kinderrechtskonvention 1992 in Deutschland ratifiziert wurde, gilt analog zu einem Bundesgesetz, dass „... die Vertragsstaaten [...] dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu (sichern), diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und [...] die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife“ zu berücksichtigen.

Was lange Zeit keineswegs selbstverständlich war, ist damit heute rechtlich unbestreitbar: Kinder haben eigene Rechte und sind auch von Beginn an Rechtsträger! Damit hat sich das anthropologische Grundverhältnis in den letzten Jahren grundlegend geändert: von der existentiellen

Der Autor

Marc Köster

Projektleiter „Partizipation und Demokratiebildung in der Kindertagesbetreuung“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Moderator für Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte

Kontakt

www.kita.paritaet.org, demokratie-kita@paritaet-berlin.de



Angewiesenheit von Kindern und der machtvollen Verantwortung Erwachsener zur Anerkennung von Kindern als Menschen von Anfang an, mit Kompetenzen und Ressourcen, als Konstrukteur_innen und Akteur_innen ihrer Lebenswelten.

Kinder teilhaben zu lassen, verlangt von den Erwachsenen ein Abgeben und Teilen von Macht und eine wertschätzende Haltung Kindern gegenüber. Es bedarf dialogischer Abstimmungsprozesse zwischen Kindern und Erwachsenen und der eingangs beschriebenen Balance zwischen Autonomie bzw. Freiheit der Kinder und Halt gebender Regeln und Beziehungen.

Partizipation ist ein Bildungsprozess

Neben der kinderrechtlichen gibt es die entwicklungspsychologische Perspektive. Partizipation begünstigt den Erwerb wesentlicher sozialer Kompetenzen und unterstützt die positive Selbstbildung. Sie erhöht die Konfliktlösekompetenz, Empathie, Kompromissbereitschaft und Frustrationstoleranz (Lutz 2012). Auch fördert sie Selbstwirksamkeit und das Selbstwertgefühl von Kindern (Fröhlich-Gildhoff 2013).

Während Kinder in der Kindertagesbetreuung grundsätzlich das Recht und die Möglichkeiten haben sollten, alltäglich Demokratie zu erfahren, gestaltet sich die Umsetzung für Erwachsene und Fachkräfte meist schwieriger. Zwar mag sich das anthropologische Grundverhältnis grundlegend verändert haben, doch sind wir alle Kinder unserer Zeit. Die Erfahrung zeigt, dass viele Erwachsene und Fachkräfte erst einmal für das Anliegen „erwärmt“ werden müssen. Reflexion und die Antwort auf die Frage, wo Kinderrechte im Kitaalltag betroffen sind und an welchen Entscheidungen und Planungen Kinder beteiligt werden muss(t)en, zeigen die unterschiedlichen Haltungen, Einstellungen und Werte Erwachsener und von Fachkräften. Zudem fehlen häufig das methodische Werkzeug und die Zeit.

Die Wohlfahrtsverbände haben es sich mit ihrem Kooperationsprojekt zur Aufgabe gemacht, diesen Prozess, Kinder mehr und besser als bisher zu beteiligen, anzuregen und zu unterstützen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat dazu in Kooperation mit dem Bundesverband für Kindertagespflege viele Informationen zusammengetragen und für interessierte Fachkräfte unter www.kita.paritaet.org online zugänglich gemacht:

- In einer Mediathek kommen Expert_innen in kurzen Video-Clips zu Wort.
- Ein dokumentarischer Kurzfilm zeigt beispielhaft, wie Beteiligung von Kindern im Kita-Alltag umgesetzt werden kann.
- Das Online-Glossar „ABC der Beteiligung“ beinhaltet aktuell zirka 60 Begriffe.
- Die Arbeitshilfen geben Hilfestellung und Impulse für die Erarbeitung eines Partizipationskonzepts, für Beschwerdeverfahren in der Kita, zur Partizipation von sehr jungen Kindern und zum Übergang von Kita in die Schule.

Und was, wenn kleine Demokrat_innen in die Schule kommen?

Was Kinder erfahren und erlernt haben, wirkt sich in aller Regel auch in all ihren Lebenswelten aus. Was passieren kann, wenn Kinder von der Kita nach Hause kommen, wurde an einem Beispiel eingangs illustriert. Aber was passiert, wenn Kinder, die sich in der Kita beteiligt und in ihren Rechten ernst genommen gefühlt haben, in die Schule kommen? Was passiert mit der Schule? Welchen nachhaltigen Effekt haben die demokratiebildenden Erfahrungen der Kinder?

Die World Vision Studie fragt seit Jahren Kinder im Alter von 6 bis 11 Jahren, welche Personen eher viel oder eher weniger Wert auf ihre Meinung legen. Erst nach Mutter, Freund_innen und Vater folgen Klassenlehrer_innen und Betreuer_innen. Dazu passt, dass mit 50 Prozent die meisten der für den Kinderreport des Deutschen Kinderhilfswerks befragten Kinder der Auffassung sind, dass Kinder in der Schule mehr mitbestimmen können bzw. ihnen mehr Rechte auf Mitbestimmung eingeräumt werden sollten. Da schneidet der Kindergarten mit zwölf Prozent vergleichsweise gut ab.

Was für die Kita gilt, gilt auch für die Schule. Sie sollte eine demokratisch verfasste Institution sein, in der Demokratie für alle erfahrbar wird. Demokratie sollte kein Neben- oder Wahlpflichtfach sein, sondern der General-schlüssel zur fächerübergreifenden Bildung. Es gibt also noch viel zu tun. ■

Partizipation begünstigt den Erwerb wesentlicher sozialer Kompetenzen und unterstützt die positive Selbstbildung.

Respekt Coaches in Baden-Württemberg als Akteur_innen der Demokratiebildung

Seit geraumer Zeit kann beobachtet werden, wie religiöser und politischer Extremismus sowie eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung die Demokratie unter Druck setzen. Die Fachkräfte des JMD-Bundesprogramms „Respekt Coaches“ nehmen sich dieser Entwicklung an. Ihre Angebote an Schulen zielen darauf ab, mit den Schüler_innen in einen Austausch zu den Themen Demokratie, Respekt und Toleranz zu kommen.

Dass Kinder und Jugendliche demokratisches Denken und Handeln erfahren und lernen, ist ein zentraler Aspekt in der Durchführung ihres Auftrags. Die Jugendsozialarbeit leistet in dem gesellschaftlichen Bemühen, gerade junge Menschen durch eine demokratische Wertebildung vor Radikalisierung zu schützen, einen entscheidenden Beitrag. Als Akteur_innen im erfolgreichen Programm „Respekt Coaches“ vermitteln Jugendsozialarbeiter_innen jungen Menschen die Werte einer offenen Gesellschaft und stärken so die Toleranz gegenüber anderen Lebensentwürfen und Meinungen.

Das Verständnis der Demokratiebildung als ganzheitliches, menschenrechtsorientiertes Konzept spiegelt sich auch als Querschnittsaufgabe in vielen Angeboten der Jugendsozialarbeit wider und wird als ein Grundprinzip professionellen Arbeitens betrachtet. Junge Menschen werden befähigt, ihre Position in der Gesellschaft zu finden und ihre Selbstbestimmungs- und Teilhaberechte wahrzunehmen. Ihre Beteiligung an der Bestimmung und Gestaltung von Angeboten ermöglicht es ihnen, demokratische Prozesse unmittelbar zu erfahren. Dieser Ansatz der Demokratiebildung betont die Verwirklichung von Teilhaberechten als grundlegendes Element und geht damit über die ausschließliche Vermittlung demokratischer Prozesse und Strukturen hinaus.

Um demokratisches Denken und Handeln zu erlernen, benötigt es einen reflexiven Prozess zwischen dem Individuum und seinen Zusammenhängen in der „politischen Gesellschaft“. Für die Gestaltung dieses Prozesses mit Kindern und Jugendlichen sind folgende drei Punkte relevant:

Es müssen Rahmenbedingungen gegeben sein, die es den Jugendlichen ermöglichen, Erwachsene in demokratischen Prozessen zu erleben, um sich diese zum Vorbild zu nehmen und die ihnen Freiheiten für demokratische Entscheidungen und Teilhabe bieten.

In der Hochzeit der BlackLivesMatter-Bewegung in 2020 wurde deutlich, dass Jugendliche eigens erlebte Ungerechtigkeit mit den Fachkräften teilen und problematisieren möchten. Sie fordern hierfür Anerkennung ein und suchen Bestärkung im Umgang mit diesen Erfahrungen.

Im Beziehungsaufbau der Fachkräfte zu den jungen Menschen werden diese mit ihren Bedürfnissen, Meinungen, Wünschen ganzheitlich wahrgenommen. Eine gemeinsame Reflektion der eigenen Grundbedürfnisse regt junge Menschen an, sich zu beteiligen. So wird in der Auseinandersetzung mit Anderen demokratisches Handeln elementar erlebbar.

Durch diese und andere Übungen können sich die teilnehmenden Schüler_innen selbst und in Abgrenzung zu Mitschüler_innen positiv wahrnehmen und sich der Klassengemeinschaft präsentieren.

Junge Menschen benötigen geschützte Erfahrungsräume, um demokratisches Handeln zu erproben und durch Selbstwirksamkeit zu erleben, dass dieses gewollt und gewünscht

ist. Sie lernen dort, dass Demokratie ein Aushandlungsprozess ist, der von den Bedürfnissen verschiedener Menschen geprägt wird und Kompromissbereitschaft benötigt.

Im Rahmen theaterpädagogischer Projekttag traute sich ein sonst eher zurückhaltender Jugendlicher das beherzte Einschreiten in eine nachgestellte ‚Hate Speech‘-Szene zu und wurde von seinen Klassenkamerad_innen für seine Umsetzung anerkennend gefeiert.

Beständige Kooperationen zwischen den Schulen und Respekt Coaches ermöglichen es, die Beteiligung junger Menschen nachhaltig zu gestalten. Grundlegend sind dabei Gruppenangebote, die passend für die jeweilige Zielgruppe ausgewählt und strategisch miteinander verknüpft werden. Die Bedarfsanalyse, die auf unterschiedlichen Wegen stattfindet, aber immer auf Beteiligung der Schüler_innen beruht, ist dabei zentral:

- Durch gezielte Auftaktveranstaltungen, etwa im Rahmen von Schulfesten oder Projektwochen, können sich Respekt Coaches als Ansprechpersonen an den Schulen etablieren und Vertrauensverhältnisse aufbauen. Dies wird über regelmäßige Sprechstunden in Räumlichkeiten der Schule weiter gestärkt.
- Die Ausbildung von Multiplikator_innen zu den Themen der Gruppenangebote öffnet Zugänge in den Schulalltag und fördert das Engagement der Schüler_innen.
- Die Schüler_innen haben über ein direktes Feedback die Möglichkeit an der Weiterentwicklung der

durchgeführten Gruppenangebote und anknüpfenden Maßnahmen mitzuwirken.

- Die Vor- und Nachbereitung von Maßnahmen ermöglicht Strukturbildung, die Beteiligungsformen im Verlauf der Kooperation ausgestalten.

Die Arbeit der Respekt Coaches findet stets auf Augenhöhe mit den Schüler_innen vor Ort statt. Vielfältige Kooperationen mit weiteren Partner_innen in der Schule und im Sozialraum unterstützen die ganzheitliche Wahrnehmung der jungen Menschen mit ihren Bedarfen und Anliegen. Dennoch ist die Gestaltung von Angeboten für Schüler_innen aller Schulformen und Klassenstufen herausfordernd, da extremistische Einstellungen und eine Affinität zu Populismus kein gesellschaftliches Randphänomen darstellen. Unabhängig von sozialer Herkunft, Bildungsstand oder Migrationshintergrund: wenn junge Menschen durch krisenhafte Phasen gehen, schwere innere und äußere Konflikte erleben und keine Lösungsstrategien für ihre Probleme finden, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich radikalen Denkmustern zuwenden.

Derart umfassende Angebote zu gestalten, die sich sowohl für die gymnasiale Oberstufe, aber auch für jüngere Werkrealschüler_innen oder Jugendliche mit geringen

Beständige Kooperationen zwischen den Schulen und Respekt Coaches ermöglichen es, die Beteiligung junger Menschen nachhaltig zu gestalten. Grundlegend sind dabei Gruppenangebote, die passend für die jeweilige Zielgruppe ausgewählt und strategisch miteinander verknüpft werden.

Die Autor_innengruppe für den Koordinationskreis JMD in der LAG Jugendsozialarbeit BW



Annika Gronau
AWO Stuttgart



Tim Klausgraber
Internationaler
Bund e.V.



Florian Langer
Bildungsreferent
Jugendmigrationsdienste
LAG JSA



Philipp Löffler
Diakonisches Werk
Württemberg e.V.



Feven Michael
Caritasverband für die
Erzdiözese Freiburg e.V.

Kontakt: info@lag-jugendsozialarbeit-bw.de

Deutschkenntnissen eignen, setzen eine große Methodenvielfalt, Offenheit, Flexibilität, Empathie und partizipative Ansätze voraus. Gerade für die unteren Klassenstufen sind spielerische, interaktive Übungen, die der Theater-, Kunst- oder Erlebnispädagogik entlehnt sind, oft besonders geeignet. In einem kreativen, demokratischen Prozess Gefühle auszudrücken, Problemlösungen zu erarbeiten und als Gruppe zusammenzuwachsen, stärkt das Gemeinschafts- und Selbstwertgefühl und schützt vor extremistischen Ideologien. Damit wird die Basis für ein demokratisches Grundverständnis und politische Bildung geschaffen.

Bei der Erstellung des Artikels wurde auf die Expertise bundes- und landesweiter Arbeitsgemeinschaften der Jugendsozialarbeit sowie baden-württembergischer Respekt Coaches zurückgegriffen. ■

Leitfaden Demokratiebildung (LFDB)

Seit 2019 werden die Bildungspläne des Landes Baden-Württemberg um den sogenannten „Leitfaden Demokratiebildung“ ergänzt. Ziel des Leitfadens ist es, Lehrkräften aller Fächer und Schularten von der Grundschule bis hin zur Sekundarstufe II eine verlässliche Orientierung für den demokratiebezogenen Kompetenzerwerb in Schule und Unterricht zu bieten. Seit dem Schuljahr 2019/2020 soll der „Leitfaden Demokratiebildung“ verbindlich in allen öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen umgesetzt werden. Er steht im Internet als PDF-Dokument zur Verfügung:



<http://www.bildungsplaene-bw.de>

Cornelia Heyken, Theresa Lehmann

Digital Streetwork

Eine Reise durch sechs Jahre aufsuchende Jugend(sozial)arbeit im Web 2.0

Im Rahmen des Modellprojekts *debate* der Amadeu Antonio Stiftung wurde 2014 der Ansatz des Digital Streetwork entwickelt, der präventiv-pädagogische Perspektiven ins Web 2.0 überträgt. Insbesondere jungen Menschen, die Affinität zu rechten Einstellungen zeigen, werden demokratie-stärkende Angebote gemacht, um einer weiteren Verfestigung vorzubeugen. Auch junge Menschen, die sich gegen rechte Bestrebungen einsetzen, werden unterstützt und empowert. Seit Januar 2020 wird der Ansatz im Projekt „Good Gaming – Well Played Democracy“ angewandt und ist somit in der Jugendkultur Gaming angekommen.

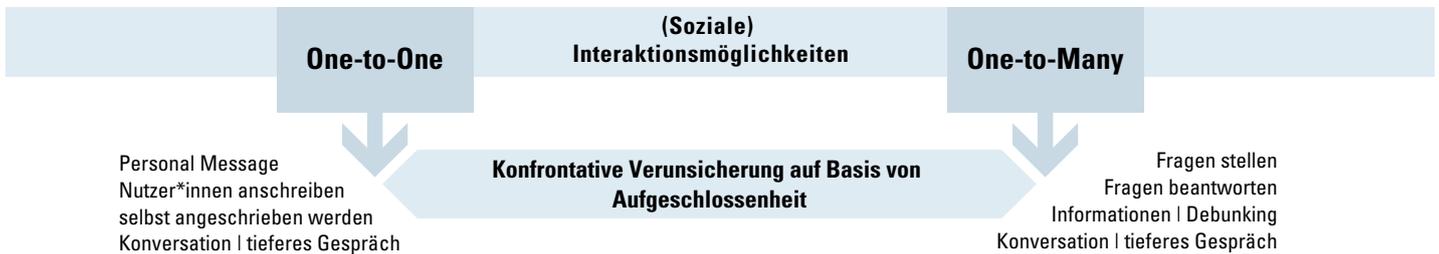
Basis für das Konzept des Digital Streetwork ist der lebensweltorientierte Ansatz der Mobilien Jugendarbeit, junge Menschen an den Orten aufzusuchen und dort mit ihnen zu arbeiten, wo sie sich freiwillig und gern aufhalten. Auch im Social Web finden sich zahlreiche Sozialräume.

Soziale Online-Netzwerke, Foren oder Communities sind elementare Bestandteile der Lebenswelten junger Menschen. Umso wichtiger ist es, als pädagogische Fachkraft den digitalen Lebensraum ernst zu nehmen und vor allem zu verstehen. Dieser ist sowohl offline als auch online die

Pädagogische INTERVENTION im Social Web

Interaktionsorte

z.B. Soziale Netzwerke | Foren | Communities | Plattformen



reale Welt und keine Scheinwelt, die junge Menschen verlassen, wenn sie sich wieder in die vermeintlich „reale“ Welt begeben. Die Grenzen sind fließend.

Wissen schafft Erkenntnis: Entwicklung der pädagogischen Standards

Der Ansatz wurde im Projekt debate// in zwei Phasen erprobt (Schwerpunkt I One-to-One, Schwerpunkt II One-to-Many). Folgende Empfehlungen zur Einhaltung einer pädagogischen Sorgfaltspflicht wurden herausgearbeitet:

- Rechtliche Grundlagen für das Agieren des Accounts festlegen – Adressat_innengruppe(n)/Altersgruppe(n)
- Fokus des Accounts (pädagogische Ausrichtung, Hintergrund/Förderung des Projekts)
- Beobachtung der Adressat_innengruppe – Pendant zum Zuhören im Offline
- Regelmäßige Evaluation, ob das Angebot noch mit dem Nutzungsverhalten und mit den Bedürfnissen der Klient_innen übereinstimmt

Ist diese Vorarbeit geleistet, kann die Handhabung des Digital Streetwork Profils festgelegt werden:

- Themenschwerpunkte setzen
- Ressourcen: Wie oft und wie viel soll der Account interagieren?
- Außenwahrnehmung – sich im Auftreten und Handeln gut absichern, insbesondere, was die politische Komponente betrifft (Beutelsbacher Konsens, Neutralität etc.)
- interaktiver, proaktiver und/oder reagierender Account?
- Ansprache – einheitliche Gesprächsstandards

Was treibt Dich um? Online pädagogisch sinnvoll wirken

In der analogen Jugend(sozial)arbeit entscheiden junge Menschen aufgrund vieler Informationen, ob sie sich gegenüber dem/der Pädagog_in öffnen. Im Internet ist ein Kontakt und eine Bindung zum/zur Adressat_in schwieriger herzustellen. Mit einem Klick kann einer Interaktion entgangen werden. Das Augenmerk muss daher auf einer ansprechenden Profilgestaltung liegen: Es sollte wichtige Informationen (wann ist der Account erreichbar/Kompetenzen: Wer bedient den Account) und ein sympathisches Auftreten vermitteln. Ein Kontakt mit Verantwortlichen der Plattform ist hilfreich, um dem Account die nötige Legitimation zu verleihen.

Kriterien zur Auswahl geeigneter Interaktionen (zum Beispiel in einem Frageforum) können sein: Aktualität der Frage, bestimmte Themen, Fachexpertise, Fragen, die unzureichend beantwortet werden oder bei denen andere User_innen rechtsextreme Codes, Verschwörungserzählungen oder Falschinformationen nicht als solche erkennen, aktuelle Ereignisse. Gerade bei knappen Ressourcen oder ersten Digital Streetwork Testphasen gibt es viele Möglichkeiten der Fallauswahl.

In der Art der Kommunikation orientieren wir uns an pädagogischen Konzepten, die bedürfnisorientiert sind, grenzen

Soziale Online-Netzwerke, Foren oder Communities sind elementare Bestandteile der Lebenswelten junger Menschen. Umso wichtiger ist es, als pädagogische Fachkraft den digitalen Lebensraum ernst zu nehmen und vor allem zu verstehen.

uns aber von der akzeptierenden Jugendarbeit ab. Daneben arbeiten wir konfrontativ, um Verunsicherung über die getätigten Aussagen anzuregen. So grenzen wir uns von einem menschenverachtenden Weltbild ab und regen ein Umdenken an, bedienen jedoch gleichzeitig das Motiv des/der Kommentator_in, zum Beispiel den Wunsch nach

Anerkennung. Quasi eine konfrontative Verunsicherung auf Basis von Aufgeschlossenheit.

Digital Streetwork wird als eine Methode der Radikalisierungs- bzw. Extremismusprävention und der demokratischen, menschenrechtsorientierten Bildung eingesetzt.

In Phase II antwortete das debate//-Profil auf Fragen, die Bezug zu GMF (Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit) hatten. Wir ermutigten junge Menschen zu demokratischer

Teilhabe und gaben Tipps, wie sie selbst aktiv werden können gegen Dinge, die sie stören. Es ging aber auch um Debunking, also das Aufdecken von Falschinformationen. Das Antwortverhalten wurde leicht verständlich gehalten, damit der Inhalt alle Beteiligten einschließt.

Es empfiehlt sich Best Practice Antworten zu beliebten Fragestellungen zu speichern und regelmäßig zu ergänzen. Die Kommunikation sollte sachlich, empathisch und informativ angelegt sein – wie in der Offline-Jugendarbeit

auch. Aus den One-to-Many-Interaktionen aus Phase II ergaben sich zusätzlich private Konversationen. Nutzer_innen schrieben den Account an, baten um Hilfe, um Informationen und teilten uns mit, dass sie die Antworten sehr hilfreich fanden.

Weitere wichtige Punkte, um pädagogisch wirkungsvoll agieren zu können, sind:

- regelmäßige Präsenz in den Diskussionen (steigert Sichtbarkeit und Akzeptanz innerhalb der Community)
- zeitnahe Reaktion (steigert die Wahrscheinlichkeit, dass die Interaktion erfolgreich ist)
- Melden von missbräuchlichen und beleidigenden Fragen und Antworten
- regelmäßige Auswertung der Interaktionen (das hilft bei der Reflektion, insbesondere wenn mehrere Personen mit demselben Profil arbeiten)

GGWP – Pädagogische Interaktion in VideospieleCommunities

Die aus unseren bisherigen Erfahrungen erarbeiteten pädagogischen Standards und Empfehlungen kommen aktuell im Projekt „Good Gaming – Well Played Democracy“ zum Einsatz. Adressat_innen sind junge Menschen zwischen

Die Autorinnen

Cornelia Heyken

Magistra Artium (M.A.) Erziehungswissenschaften, Amadeu Antonio Stiftung, hat das Konzept Digital Streetwork entwickelt, setzt es derzeit für Good Gaming – Well Played Democracy um und koordiniert das Trainer_innennetzwerk Hate Speech begegnen

Kontakt

cornelia.heyken@amadeu-antonio-stiftung.de

Weitere Informationen

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de>

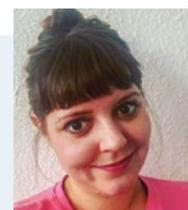


Theresa Lehmann

Politikwissenschaftlerin (BA of Arts), Amadeu Antonio Stiftung, hat das Konzept Digital Streetwork mitentwickelt und ist derzeit Projektleiterin bei Demokratiktok.

Kontakt

theresa.lehmann@amadeu-antonio-stiftung.de





12 und 27 Jahren im Kontext von Videospiele und ihren Communities, welche zunehmend politisch werden. In ihnen werden gesellschaftsrelevante Fragestellungen wie Diversität und sexuelle Vielfalt verhandelt, aber auch rassistische Stereotype reproduziert oder historische Tatsachen verdreht. Spieler_innen werden in Communities sexistisch abgewertet, auf Plattformen wie Steam werden menschenverachtende Narrative verbreitet und auch in Spielechats findet toxische Kommunikation statt. Meist fehlt es an entschiedener Gegenrede und einer angemessenen Reaktion der Communities.

Da rechts-alternative Akteur_innen zunehmend auch auf Gaming-Plattformen versuchen, eine menschenverachtende Stimmung zu schüren, wollen wir junge Menschen in ihrem demokratischen Handeln unterstützen. Digital Streetwork wird dabei als eine Methode der Radikalisierungs- bzw.

Extremismusprävention und der demokratischen, menschenrechtsorientierten Bildung eingesetzt.

In der ersten Phase entschieden wir uns, auf YouTube, Steam, Twitter und Twitch zu agieren. Die GGWP-Profilen waren in Spieleforen, Kommentarspalten von Videos, Diskussionen unter Tweets und in Chats unterwegs. Aufgrund eingeschränkter Ressourcen beschränkten wir uns darauf, die Inhalte von Gamer_innen, bei denen entsprechende Äußerungen zu Themen der GMF zu erwarten sind, zu beobachten. Insbesondere für Foren kamen die bisherigen Erkenntnisse zum Einsatz und wurden gleichzeitig positiv bestätigt.

Da rechts-alternative Akteur_innen zunehmend auch auf Gaming-Plattformen versuchen, eine menschenverachtende Stimmung zu schüren, wollen wir junge Menschen in ihrem demokratischen Handeln unterstützen.

Momentan befinden wir uns in einer ersten Auswertung. Die Erkenntnisse werden in die Justierung des Konzeptes der Digital Streetwork einfließen, um den weiteren Verlauf besser gestalten und am Ende des Modellprojektes die Erkenntnisse auf andere Kontexte übertragen zu können.

Und übrigens...

Die Erkenntnisse können auch auf andere Plattformen und andere Kontexte übertragen werden. Digital Streetwork birgt die Möglichkeit, jungen Menschen demokratische, digitale Teilhabe, eine inklusive Debattenkultur und den Einsatz für eine digitale Zivilgesellschaft zu vermitteln.

Pädagogische Interaktionen in digitalen Räumen ermöglichen eine lebensnahe, anonyme und schnelle Betreuung. Der Ansatz bietet eine niedrigschwellige Kontaktaufnahme und erreicht damit auch bildungsferne Gruppen. Die Ergebnisse wurden in Workshops und Vorträgen Multiplikator_innen der Sozialen Arbeit vorgestellt und konnten durch ihr Feedback weiterentwickelt werden. Der Ansatz ist zum Beispiel auch in der Sucht-, Drogen- oder in anderen Beratungskontexten sowie weiteren Präventionsfeldern denkbar. ■

Quellen und Literatur

Wir sprechen über Digital Streetwork – Interviews mit Cornelia Heyken und Christina Dinar:
<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wir-sprechen-ueber-digital-streetwork-46557/>

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (2019): Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD. Cottbus: Druckzone.

Bellmann, Johannes/Müller, Thomas (2011): Evidenzbasierte Pädagogik – ein Déjà-vu? In Müller, Thomas (Hrsg.): Wissen, was wirkt – Kritik evidenzbasierter Pädagogik. VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, S. 9-32.

Debus, Katharina (2014): Rechtsextremismus als Suche nach Handlungsfähigkeit? Subjektive Funktionalität von Verhalten als Ausgangspunkt von Rechtsextremismusprävention. In: Debus, Katharina/Laumann, Vivien (Hrsg.): Rechtsextremismus, Prävention und Geschlecht. Vielfalt_Macht_Pädagogik, Reihe Arbeitspapiere der Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf, S. 57-95

Dinar, Christina/Heyken, Cornelia/Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (2017): Digital Streetwork – Pädagogische Interventionen im Web 2.0. Cottbus: Druckzone.

Engelhardt, Emily M. (2018): Lehrbuch Onlineberatung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG

Kelle, Udo (2006): Qualitative Evaluationsforschung und das Kausalitätsparadigma. In Flick, Uwe (Hrsg.), Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte, Methoden, Umsetzungen. Reinbek: Rowohlt, S. 117-133.

Kelle, Udo/Erzberger, Christian (2006): Stärken und Probleme qualitativer Evaluationsstudien – ein empirisches Beispiel aus der Jugendhilfeforschung. In Flick, Uwe (Hrsg.), Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte, Methoden, Umsetzungen. Reinbek: Rowohlt, S. 284-301.

Osborg, Eckart (2013): Glossar – Subversive Verunsicherungspädagogik. Glossar BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus. Online: www.demokratie-leben.de/wissen/glossar/glossary-detail/subversive-verunsicherungspaedagogik.html.

Osborg, Eckart (2010): Der konfrontative Ansatz der subversiven Verunsicherungspädagogik in der Präventionsarbeit mit rechten und rechtsorientierten Jugendlichen. In: Weidner, Jens/Kilb, Rainer (Hrsg.): Konfrontative Pädagogik. Konfliktbearbeitung in Sozialer Arbeit und Erziehung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, S. 201-217.

Rieker, Peter (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Weinheim, München: Juventa.

Rieker, Peter (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Weinheim, München: Juventa. Online: www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-7799-2228-5.

Weidner, Jens/Kilb, Rainer (Hrsg.): Konfrontative Pädagogik. Konfliktbearbeitung in Sozialer Arbeit und Erziehung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH.

Ombudschaft fördert demokratische Bildung im Feld der Kinder- und Jugendhilfe

Demokratisch verfasste und rechtsstaatlich organisierte Gesellschaften haben ein großes Interesse daran, Formen der Beteiligung und Partizipation zu ermöglichen und demokratisches Handeln und Demokratieverständnis als eigenständige Lernprozesse zu befördern. Zu diesem Prozess tragen verschiedenste Akteur_innen bei: Neben formellen Lernorten (Schule, berufliche Ausbildung, Jugendverbandsarbeit etc.) formen und entwickeln andere gesellschaftliche Teilsysteme demokratisches Verständnis vorwiegend informell.

Die Kinder- und Jugendhilfe ist für etliche (junge) Menschen in Deutschland ein wesentlicher Raum ihrer Sozialisation und Persönlichkeitsentwicklung. Ihr Auftrag besteht darin, die Lebensbedingungen junger Menschen zu fördern und Benachteiligung entgegenzuwirken.¹ Sie verhilft diesen zu einer selbstständigen Lebensgestaltung und zur mündigen Teilhabe an unserer Gesellschaft. Somit trägt sie erheblich zu demokratischer Bildung bei.

In besonderen Maße kann das Feld der erzieherischen Hilfen nach §§ 27 ff. SGB VIII in einem Spannungsverhältnis von Hilfe und Kontrolle stehen und muss dann den beschriebenen Auftrag unter erschwerten Bedingungen erfüllen. Junge Menschen sind darin u.a. durch belastende Lebensumstände, häufig bestehende Informationsdefizite und ausbleibende Selbstwirksamkeitserfahrungen in ihrer Teilhabe eingeschränkt – sie erleben ein Machtungleichgewicht. Sie benötigen Unterstützung bei der Verwirklichung ihrer Rechte, zum Beispiel um sich gegen eine als ungerecht empfundene Entscheidung zu wehren. Dabei können die Unabhängigkeit und Neutralität der Ombudsperson eine wesentliche Rolle spielen.

Ombudschaftliche Berater_innen verfolgen im Jugendhilfe-System keine eigenen Interessen, sondern wollen in Konfliktfällen machtausgleichend wirken und übernehmen die Funktion, Ratsuchende zu stärken und zu ermutigen, eigene Entscheidungen zu treffen und diese umzusetzen. Dies soll nachfolgend an den Beispielen Hilfeplanung und Heimräte erläutert werden.

Hilfeplanung

Die Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII stellt das Steuerungsinstrument für die fachliche Ausgestaltung von Hilfen zur Erziehung dar. Der Hilfeplan soll von den Fachkräften des öffentlichen Trägers im Dialog mit den jungen Menschen und ihren Sorgeberechtigten sowie mit dem freien Träger erarbeitet werden.² Die gemeinsame Klärung von Bedarfen und Zielsetzungen soll die Zusammenarbeit und die Wirksamkeit der Hilfe garantieren.³

Die Kinder- und Jugendhilfe ist für etliche (junge) Menschen in Deutschland ein wesentlicher Raum ihrer Sozialisation und Persönlichkeitsentwicklung. Ihr Auftrag besteht darin, die Lebensbedingungen junger Menschen zu fördern und Benachteiligung entgegenzuwirken.

1 Vgl. u.a. § 1 (1) SGB VIII. Zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gehört es daher auch, geltendes Recht umzusetzen, das Vertrauen in den Rechtsstaat zu stärken und das Bewusstsein ihrer Adressat_innen für deren Rechte und Pflichten zu entwickeln.

2 Vgl. § 36a SGB VIII

3 Vgl. § 37 SGB VIII

Gerade weil Mitarbeiter_innen der öffentlichen Jugendhilfe in begründeten Einzelfällen in die in Art. 6 Abs. 2 GG verorteten Rechte auf Pflege und Erziehung eingreifen (können) müssen, besteht zwischen ihnen und den Sorgeberechtigten sowie den betroffenen jungen Menschen grundsätzlich ein Machtungleichgewicht. Zusätzlich kann dieses dadurch verstärkt werden, dass Leistungsberechtigte ihre Anliegen häufig nicht oder nicht sachlich artikulieren können, über Abläufe und Aufgaben der Kinder-

und Jugendhilfe nur bedingt Bescheid wissen und nur selten die benötigte Unterstützung eigenständig in ihrem Umfeld aktivieren können.⁴

Durch Aufklärung, Begleitung und die Förderung von Teilhabe wirkt Ombudschaft wesentlich am Prozess der Demokratisierung der Kinder- und Jugendhilfe mit.

Insbesondere hinsichtlich des langfristigen Mehrwerts von Hilfen – mit den Zielen Selbstständigkeit und Gemeinschafts-

fähigkeit der jungen Menschen – wird dann der Ausgleich dieses Machtungleichgewichts von entscheidender Bedeutung. Darauf kann Ombudschaft v.a. in der Vor- und Nachbereitung von Hilfeplangesprächen hinarbeiten, indem sie die systeminternen Logiken übersetzt, Rechtsansprüche darlegt, beim Fallverstehen hilft, Ratsuchende bei der Artikulation ihrer Anliegen unterstützt etc. Begleitet eine Ombudsperson zum Hilfeplangespräch, kann sie behutsam, indem sie zum Beispiel gezielte Rückfragen stellt, junge Menschen dazu ermuntern, ihre Sichtweisen zu ergänzen. Auch stellvertretend vorgebrachte Bitten (zum Beispiel hinsichtlich der Erläuterung von Zusammenhängen oder der Frage nach einer kurzen Gesprächspause) stärken deren Position und Partizipation. Somit erleben und üben junge Menschen, wie sie sich für ihre Belange einsetzen können. Bestenfalls wird die Beteiligung entsprechend des jeweiligen Entwicklungsstandes ausgestaltet, sodass auch

sehr junge Adressat_innen Grundsätze demokratischen Denkens und Handelns erlernen und verstehen können.

Heimräte

Neben der Hilfeplanung sind sogenannte „Heimräte“ ein zentrales Instrument demokratischer Teilhabe von jungen Menschen, die in Einrichtungen leben. Die Gewährleistung von Beteiligungsmöglichkeiten ist seit 2012 verpflichtend und für den Erhalt einer Betriebserlaubnis erforderlich.⁵ Entsprechende Strukturen sollen garantieren, dass junge Menschen aktiv an der Gestaltung ihres täglichen Lebens mitwirken können.

In Wohngruppen können alltägliche Themen schnell politisch werden, zum Beispiel was die Verpflegung („Das Bio-Essen schmeckt mir nicht!“), die Mediennutzung („Warum darf ich mein Handy nicht nutzen, wann ich möchte?“) oder Ausstattung („Wann kommt endlich WLAN auf die Gruppe?“) betrifft. Im Hintergrund steht die Frage, wer welche Rechte und letztlich die Macht hat, seine Position durchzusetzen.⁶ Die Aushandlung zwischen den Vorstellungen der jungen Menschen, pädagogischem Konzept und gesetzlichen Vorgaben wird dabei unabdingbar. Einrichtungen stehen also vor der Herausforderung, geeignete (altersangemessene) Beteiligungsformen zu etablieren, während die jungen Menschen die Erfahrung machen, dass so erarbeitete Lösungen nicht unbedingt deckungsgleich mit ihren ursprünglichen Interessen und Wünschen sein müssen. Gerade dies fördert jedoch ihre Kompetenz, sich gemäß demokratischer Prinzipien zu organisieren und einzubringen.

Auch zur Festigung demokratischer Strukturen in Einrichtungen kann Ombudschaft einen Beitrag leisten. Indem sie ratsuchende junge Menschen auf bestehende Strukturen verweist, bzgl. ihres Vorgehens berät und dadurch die Akzeptanz der Gremien seitens der Einrichtung verstärkt, kann Ombudschaft eine aktive Beteiligungskultur fördern. Den jungen Menschen bietet sich somit die Gelegenheit, grundlegende demokratische Erfahrungen zu machen.

Die Autor_innen

Annika Geissler, Petra Kieffer, Tim Kimmich und Sibylle Silcher arbeiten als Ombudspersonen innerhalb des Landesombudssystems in Baden-Württemberg.

Informationen und Kontakt

www.ombudschaft-jugendhilfe-bw.de

- 4 Vgl. Arnegger, M. (2016) Ombuds- und Beschwerdestellen in der Kinder- und Jugendhilfe. In: Leideritz, M./Vlecken, S. (Hrsg.): Professionelles Handeln in der Sozialen Arbeit. S. 146-197
5 Vgl. § 45 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 SGB VIII; § 8b Abs. 2 Satz 2
6 Vgl. Deutscher Bundestag (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. S. 486

Fazit

Das Verständnis für demokratische Prinzipien, besonders aber demokratisches Denken und Handeln, entsteht schon in kleinsten Prozessen von Mitwirkung. Junge Menschen als Subjekte am Dialog über sie betreffende Themen einzubeziehen, ist maßgeblich, damit sie dieses Verständnis erwerben können. Dies gilt insbesondere auch für die Kinder- und Jugendhilfe, hat sie doch häufig mit bereits benachteiligten jungen Menschen zu tun. Eine gelingende, inkludierende Hilfeplanung und die Beteiligung innerhalb von Einrichtungen sind somit zentral für den Prozess demokratischer Bildung im System Jugendhilfe.

Ombudschaft setzt sich für den Ausgleich von vermeidbaren Machtungleichgewichten zwischen Akteur_innen und Adressat_innen in diesem System ein. Durch Aufklärung, Begleitung und die Förderung von Teilhabe wirkt Ombudschaft wesentlich am Prozess der Demokratisierung der Kinder- und Jugendhilfe mit. Das zentrale Ziel bleibt dabei, junge Menschen in ihrem Heranwachsen zu mündigen Mitgliedern unserer Gesellschaft zu begleiten. ■

Hannes König

„Offen demokratisch“ – Thema ist, was die Jugendlichen mitbringen

Die **Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg (LAGO)** nimmt sich mit einem Modellprojekt der Aufgabe an, Themen der politischen Bildung in Einrichtungen zu platzieren und partizipatives Engagement bei den jugendlichen Besucher_innen zu fördern.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit beschreibt sich gerne selbst als „Ort gelebter Demokratie“ oder als „Bildungs-ort“. Aber was macht sie dazu? Ausgangspunkt der Annäherung an das Thema ist ein Verständnis von Demokratie als „Aushandlung gemeinsamer Entscheidungen“. Es geht also weniger um die strukturellen und institutionellen Eckpfeiler der Demokratie oder das Wissen über demokratische Prozesse, sondern um das konkrete Handeln auf Basis gemeinsamer, nicht zur Disposition stehender Grundwerte, die die Achtung vor dem Gegenüber einschließen. So verstanden ist es nur konsequent, dass diejenigen, die von Entscheidungen betroffen sind, auch

in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Das ist im Alltag und im gemeinsamen Miteinander der Offenen Kinder- und Jugendarbeit angelegt. Ein solches Verständnis von Demokratie trifft hier auf eines von Bildung als Aneignungsprozess. Damit ist gemeint, sich die eigene (Um-)Welt aktiv und interessengetrieben zu erschließen. Beiden Begriffsauslegungen gemeinsam ist, dass sie von einem mündigen, selbsttätigen Subjekt ausgehen und die Erweiterung der eigenen Handlungsmöglichkeiten sowie der Möglichkeiten gesellschaftlicher Mitgestaltung und -bestimmung zum Ziel haben. Demokratie wird dabei durch ihre aktive Ausübung erlernt.

Die Potenziale und das Grundverständnis, die in einer so gedachten Offenen Kinder- und Jugendarbeit stecken, korrespondieren dabei in hohem Maße mit den Zielen, die das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) mit seiner antirassistischen und antidiskriminierenden Bildungsarbeit verfolgt. Es ist daher kein Zufall, dass das NDC Baden-Württemberg in Trägerschaft der LAGO mit dem Modellprojekt „offen demokratisch“ Wege suchte, Demokratiebildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit mit den Konzepten des NDC zusammen zu bringen.

Ausgangspunkt für Gespräche, Aktivitäten und Bildungsprozesse sind jeweils die Themen, die von den jungen Menschen mitgebracht werden. Nicht selten auch in Abweichung zu solchen, die medial, gesellschaftlich oder von den Fachkräften als wichtig erachtet werden.

Das NDC verfolgt das Ziel, menschenverachtenden und extrem rechten Orientierungen von Jugendlichen präventiv ein attraktives Angebot einer demokratischen Gesellschaftskultur gegenüberzustellen. Sie sollen über die Angebote des NDC darin unterstützt werden, ihre eigenen Haltungen und Vorurteile zu erkennen, zu reflektieren und zu verändern, um sich in ihrem Alltag für ein menschenfreundliches Miteinander einzusetzen. Der Wirkungskreis des NDC ist jedoch bisher überwiegend auf Schulen und feste Gruppensettings begrenzt. Die dort praktizierten Konzepte können nicht einfach auf die Offene Kinder- und Jugendarbeit übertragen werden, da der dortige Kontext ein anderer ist und andere Voraussetzungen zu erfüllen sind. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist geprägt von einer deutlich heterogeneren Altersstruktur und die Teilnahme an Angeboten basiert auf Freiwilligkeit. Damit einher gehen unregelmäßige Beteiligung und

fehlende Konstanz von Teilnehmenden. Durch den niedrighen Zugang werden die Einrichtungen zudem stark von jungen Menschen genutzt, die als „bildungsfern“, „marginalisiert“ oder „sozial benachteiligt“ gelabelt werden. Diesen wird meist fehlendes politisches Interesse unterstellt – was sicherlich auf formale politische Prozesse und den institutionalisierten Politikbetrieb zutreffen mag, nicht jedoch auf das Interesse der jungen Menschen, ihre Anliegen zu äußern und ihr Umfeld mitzugestalten. Ausgangspunkt für Gespräche, Aktivitäten und Bildungsprozesse sind jeweils die Themen, die von den jungen Menschen mitgebracht werden. Nicht selten auch in Abweichung zu solchen, die medial, gesellschaftlich oder von den Fachkräften als wichtig erachtet werden. Im Mittelpunkt – auch politischer Bildungsprozesse – stehen die Interessen, Wünsche und Bedarfe der jungen Menschen. Allerdings bleibt es ohne eine professionelle Arbeitsbeziehung der Fachkräfte zu den jungen Menschen dabei. Erst durch Aufgreifen, Widerspruch, Anregung, Bestärkung oder Aufzeigen von Handlungsoptionen durch die Fachkräfte werden diese Themen zu Bildungsmomenten. Sie bleiben dies nur unter fortwährender Beteiligung der Jugendlichen am weiteren Prozess. Andernfalls werden sie zu „fremden“ Themen und die Jugendlichen stimmen „mit den „Füßen“ über ihre weitere Teilnahme ab. Auch wenn die Konzepte des NDC bereits so angelegt sind, dass sie an den Erfahrungen der jungen Menschen anknüpfen, verlangt der offene Charakter in Jugendhäusern andere Ansätze und Herangehensweisen als bisher praktiziert.

Das Modellprojekt „offen demokratisch“ ist so angelegt, dass einerseits Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sensibilisiert und qualifiziert werden, abwertende Haltungen, Äußerungen und Handlungen in ihrer Praxis erkennen, einordnen und adäquat damit umgehen zu können. Andererseits sind Teammitglieder des NDC gezielt darin geschult, Inhalte und Methoden aus den regulären Projekttagen des NDC in kurzen, zirka 90-minütigen Einheiten entlang der Interessen der jeweils anwesenden Jugendlichen einzubringen. Idealerweise ergibt sich ein Prozess, in dem die Teammitglieder mehrere Male in ein Jugendhaus kommen und dabei entlang eines „Roten Fadens“ Themen wie zum Beispiel Diskriminierung, Rassismus, Klassismus, Sexismus und weitere einbringen und aufgreifen. Ziel eines solchen Prozesses ist immer auch, die Jugendlichen darin zu unterstützen, eigenes Engagement zu entwickeln, ihre Anliegen und Interessen in ihrem Umfeld zu äußern und sich dafür einzusetzen.

Der Autor

Hannes König

Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e.V.

Kontakt

offen-demokratisch@lago-bw.de



Die bisherigen Rückmeldungen aus der Praxis machen Mut. Besonders positiv hervorgehoben wird, dass die inhaltlichen Module trotz ihres klaren Themenbezugs flexibel konzipiert und an die Themen und Anliegen der Jugendlichen angepasst sind. Die externen Teams werden von den Jugendlichen als altersnahe Gesprächspartner_innen und gleichzeitig Expert_innen für ihre Themen wahrgenommen, die zusätzliche Impulse in den Jugendhausalltag einbringen. Die Fachkräfte bleiben jedoch entscheidend

dafür, ob die Erfahrungen und Themen der Jugendlichen in (politische) Bildungsprozesse münden. In dieser Hinsicht wird das Qualifizierungsangebot für Fachkräfte von diesen als äußerst hilfreich bewertet.

Auch wenn die Förderung des Modellprojekts beendet ist, bleibt „offen demokratisch“ für das NDC ein fortlaufender Bildungsprozess. Kritische Nachfragen, Widerspruch und Anregungen sind willkommen! ■

Melanie Schmitt

Planungshilfe für Kommunen: Ehrenamtlich gesteuerte Jugendbeteiligung

Was haben der Jugendrat in Wittnau, der Jugendraum in St. Märgen und ein Beach-Party-Forum im Glottertal gemeinsam? Alle drei Projekte sind mit Hilfe von ehrenamtlichen Kümmer_innen entstanden. Es sind Projektergebnisse der „Modelwerkstatt Jugendbeteiligung“, einem Pilotprojekt mit sechs Kommunen. Diese erprobten von 2017 bis 2019 gemeinsam, wie kommunale Jugendbeteiligung mit ehrenamtlich Engagierten umzusetzen ist.

Begleitet wurden sie vom Kreisjugendreferenten Martin Geserich in Kooperation mit dem Programm „Jugend BEWEGT – Politik KONKRET: lokal. wirksam. vernetzt.“ der Jugendstiftung Baden-Württemberg. Die Aufmerksamkeit dieses Artikels gilt der Arbeit der ehrenamtlichen Kümmer_innen. Denn: Engagierte Frauen und Männer benötigen zur Umsetzung nachhaltiger Jugendbeteiligung gute Rahmenbedingungen, insbesondere wenn sie die Aufgabe im Ehrenamt wahrnehmen.

Der politische Wille rahmt die Ausgangsposition

Jugendbeteiligung ist in der optimalen Ausgangsposition, wenn sie auf höchster Ebene befürwortet wird. Gemeint

ist ein Bekenntnis des/der Bürgermeister_in zu den Zielen der Jugendbeteiligung als demokratiefördernder Prozess in der Kommune.

„Kommen heute junge Menschen in Lenzkirch zu Wort und können an Entwicklungen teilhaben, sprich den Ort und die Gemeinschaft mitgestalten, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie im Anschluss an Ausbildung, Studium oder sonstige Zeiten außerhalb der Region einmal hierher zurückkehren und in der Heimatgemeinde wieder sesshaft werden.“

Andreas Graf, Bürgermeister in Lenzkirch

Ein breites Fundament ergibt sich zudem, wenn durch einen Gemeinderatsbeschluss angemessene finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden. Ist das nicht möglich, muss zumindest ein Mitglied des Gemeinderats als Patin oder Pate des Projekts fungieren. Wichtig ist außerdem die Zusicherung, Forderungen der Jugendlichen mit Haushaltsmitteln zu realisieren.

Teambuilding: Jugendbeteiligung als Querschnittsaufgabe

Für die Aufgabe, Jugendbeteiligungsprozesse zu initiieren, braucht es eine Person mit optimistischer und empathischer Grundhaltung. Die Aufgabe sollte freiwillig übernommen und zeitliche Ressourcen von mindestens vier Wochenstunden eingeplant werden. Kernkompetenz ist ein kommunikationsstarkes Auftreten gegenüber dem Gemeinderat, der Verwaltung und den Jugendlichen. Die Person ist Lobbyistin für Jugendinteressen gegenüber Erwachsenen. Drohen Prozesse zu ermüden, liegt es an ihr, zu motivieren. Wichtiger als die fachliche Qualifikation ist ein Zugang zu den jungen Menschen im Ort.

„Als Ehrenamtliche in den Pilotprojekten kümmerten sich eine Verwaltungsstudentin im Wechsel mit dem Bürgermeister, Gemeinderät_innen mit ihren Kindern, ein Vereinstrainer sowie ein Hauptamtsleiter zusammen mit einer städtischen Auszubildenden.“

Die Unterstützung durch weitere Multiplikator_innen ist unverzichtbar. Denkbar sind „Runde Tische“ für Ehrenamtliche der Jugendarbeit oder die Zusammenstellung eines interdisziplinären Teams aus Angehörigen der Verwaltung, des Gemeinderats und der Vereinsarbeit. Zu den Kernaufgaben des Teams zählt es, relevante Themen, die im Sinne des § 41a der Gemeindeordnung die Interessen Jugendlicher berühren, zu identifizieren, zu priorisieren und zu bearbeiten. Der Draht in die Gemeindegipfel ist in ländlichen Regionen kürzer als im urbanen Raum und so können Bedürfnisse, die am „Runden Tisch“ benannt werden, schnell an Entscheider_innen kommuniziert werden.

Jugendbeteiligungsformate auf Augenhöhe entwickeln

Die Auswahl des jeweiligen Formats entscheidet später darüber, ob die Angebote von der Zielgruppe angenommen werden oder nicht. Bei einer Auftaktveranstaltung sollte über verschiedene Formen der Jugendbeteiligung informiert werden. Für diese Aufgabe können auch Engagierte aus dem Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg, aus Jugendprojekten in Nachbargemeinden oder dem Netzwerk von „Jugend BEWEGT“ gewonnen werden.

„Erfahrungsgemäß erhöht sich die Aufmerksamkeitsspanne bei jungen Leuten, wenn sie Informationen von Gleichaltrigen erhalten. Gerade bei digitaler Jugendbeteiligung nutze ich bewusst Begriffe aus der Jugendsprache und bei mir wirkt das eben auch authentisch. Einigen fällt es auch leichter, mir Fragen zu stellen, anstatt einer Person, die sie vielleicht an ihre Lehrer und Lehrerinnen in der Schule erinnern.“

Dietke Hellwig, 22 Jahre, bietet Peer-to-Peer-Schulungen zu digitaler Jugendbeteiligung an

An eine Auftaktveranstaltung schließt sich oft die projektbezogene Jugendbeteiligung an. Ob sich die Jugendlichen damit zufriedengeben oder einen Schritt weitergehen und ein jugendpolitisches Gremium gründen möchten, ist von Ort zu Ort unterschiedlich und phasenabhängig. So kann es sein, dass ein Gremium fünf Jahre lang gut funktioniert, durch den Wegzug wichtiger Integrationsfiguren aber zum

Die Autorin

Melanie Schmitt

M.A. Politikwissenschaft, Bildungsreferentin für Jugendbeteiligung und Demokratieförderung für die Jugendstiftung Baden-Württemberg, das Demokratiezentrum Baden-Württemberg und den Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V., ehrenamtliche Sachverständige bei dem Verein Kinderfreundliche Kommune e.V.

Kontakt

schmitt@jugendstiftung.de



Erliegen kommt und die nachwachsende Generation ein anderes Jugendbeteiligungsformat präferiert.

Nachhaltigkeit – Verbindlichkeit herstellen

Verbindlichkeit auf Seiten des Jugendbeteiligungsteams kann gewährleistet werden, indem Kontaktadressen bekannt gemacht und gepflegt werden.

Kontaktdaten sollten zum Beispiel über die Gemeindehomepage abrufbar und an Treffpunkten der Jugendlichen sowie Bushaltestellen gut einsehbar beworben werden. Zudem kann durch regelmäßige Events wie zum Beispiel Jugendhearings, Sprechstunden oder Abstimmungen zu jugendrelevanten Themen ein dauerhaftes Beteiligungsangebot geschaffen werden.

Seitens der Jugendlichen lässt sich Verbindlichkeit durch die Einberufung von Arbeitsgruppen oder Jugendgremien herstellen, die sich regelmäßig treffen. Außerdem kann digitale Jugendbeteiligung die Schwelle zum Mitmachen senken. Foren und Apps sind hilfreiche Tools, um fortlaufend über Projekte zu informieren, Termine anzukündigen und Stimmungsbilder einzuholen. Im Modellprojekt wurden zum Beispiel WhatsApp-Gruppen eingerichtet, die von den Ehrenamtlichen betreut wurden. Eine Kümmerin berichtete, dass sich die Jugendlichen über den Kanal sehr gefreut und ihn für alle möglichen Absprachen genutzt haben. Daher bietet es sich an, komplexere Plattformen wie Discord zu nutzen, auf denen mehrere Kanäle thematisch getrennt eingerichtet werden können. Indem Jugendlichen die intensive Nutzung von selbstgewählten Plätzen im öffentlichen Raum zugestanden wird, schafft man Orte, an denen Jugendliche in Präsenz aktiv aufgesucht werden können.

Qualität sichern

Die Evaluation des Pilotprojekts hat gezeigt, dass die Kümmernden Hilfe bei der Orientierung im Prozess benötigten. Fragen wie, „Wo stehen wir gerade?“, „Was ist als Nächstes zu tun?“ und „Wann ist meine Arbeit erfolgreich?“ wollen beantwortet werden. Hierfür kann ein Jahresplan mit festen Terminen und eingeplanten Pausen nützlich sein. Als motivierend für das Jugendbeteiligungsteam stellte sich die Formulierung gemeinsamer Meilensteine heraus.

Dadurch, dass Ziele erreicht, Aufgaben erfüllt und Erfolge sichtbar werden, gewinnt das Team an Selbstsicherheit. Zudem laden fest terminierte Meilensteine dazu ein, das Vorgehen zu evaluieren.

Zur Qualitätssicherung gehört es auch, die Jugendlichen nach ihrer Zufriedenheit mit dem Beteiligungsprozess zu befragen. Denn sie selbst sind Expert_innen dafür, ob der angestoßene Jugendbeteiligungsprozess ihnen hilft, ihre Interessen und Bedarfe in die Politik zu tragen.

Die Initiierung von Jugendbeteiligung ist ein dauerhafter Prozess, da die nächste Generation Heranwachsender fortlaufend integriert werden muss und sich die Frage nach geeigneten Jugendbeteiligungsformaten alle vier bis fünf Jahre neu stellt.

Martin Geserich weist zudem darauf hin, dass sich die Kümmernden bestenfalls für einen zu Beginn festgelegten Zeitraum zur Übernahme des Ehrenamts verpflichten. „Dies beugt einer Überbeanspruchung von Einzelpersonen vor. Zudem hat eine wiederkehrende Besetzung des Ehrenamts den Effekt, dass die Jugendbeteiligung immer wieder in den Fokus der Gemeinden rückt und neu ausgehandelt werden muss.“ ■

Für die Aufgabe, Jugendbeteiligungsprozesse zu initiieren, braucht es eine Person mit optimistischer und empathischer Grundhaltung. Die Aufgabe sollte freiwillig übernommen und zeitliche Ressourcen von mindestens vier Wochenstunden eingeplant werden.

Kommentar: Modellprojektförderung zwischen Nachhaltigkeitsanspruch und Innovationsdruck

Mit finanzstarken Programmen wie „Demokratie leben!“ fördert der Bund seit Jahren modellhafte Angebote im Feld der Demokratieförderung und Extremismusprävention. Modellprojekte sind ein bevorzugtes Instrument zur Entwicklung und Erprobung neuer Konzepte. Ihr zeitlich befristeter Auftrag lautet, mit innovativen Ansätzen auf aktuelle Problemlagen zu reagieren und diese nachhaltig in die Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe zu überführen.

Hohe Bedarfe an demokratiefördernden Angeboten finden sich etwa in strukturschwachen und ländlichen Regionen, in denen Kinder- und Jugendarbeit seit Jahrzehnten rückläufig ist und es an Austausch- und Vernetzungsmöglichkeiten für junge Menschen sowie an Orten der Teilhabe mangelt (vgl. BMFSFJ 2020, S. 81f.). Modellprojekte, die in diesen Regionen arbeiten, stoßen im Hinblick auf ihren Nachhaltigkeitsauftrag an Grenzen. Wo ein Konzepttransfer in nicht mehr vorhandene, unterfinanzierte oder von Fachkräftemangel geprägte Strukturen nicht möglich ist, füllen Modellprojekte oftmals diese Leerstellen. Sie initiieren fehlende Angebote, fördern Engagement und

Selbstorganisation vor Ort, übernehmen Vernetzungsaufgaben, schaffen Gesprächsräume und sind darum bemüht, eine Fortführung der Arbeit durch andere Akteur_innen anzuregen. Kurz gesagt: Sie übernehmen punktuell die Aufgaben nicht vorhandener lokaler Regelstrukturen. Jedoch können Modellprojekte kein flächendeckendes und dauerhaftes Instrument sein, das kompensatorisch strukturelle Lücken schließt (vgl. Johann et al. 2020).

Ihr Nachhaltigkeitsauftrag bedeutet für Modellprojekte immer auch ein Arbeiten gegen die Zeit. Aufgrund der befristeten Förderung kann gerade erst „Eingerichtetes“

Die Autor_innen

Tobias Johann

Soziologe (M.A.), wissenschaftlicher Referent in der Programmevaluation „Demokratie leben!“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI), Außenstelle Halle/Saale.



Kontakt

johann@dji.de

Weitere Informationen

<https://www.dji.de/ueber-uns/projekte/projekte/programmevaluation-demokratie-leben/wissenschaftliche-begleitung-der-modellprojekte-im-handlungsfeld-demokratieforderung.html>

Dr. Aline Rehse

Soziologin (Dipl.-Soz.), wissenschaftliche Referentin in der Programmevaluation „Demokratie leben!“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI), Außenstelle Halle/Saale.



Kontakt

rehse@dji.de



Quellen

Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (BMFSFJ) (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Berlin.

Brand, Alina; Johann, Tobias; Rehse, Alina; Roscher, Tobias; Walter, Elisa; Zimmermann, Eva (2020) Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte zu ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum. DJI. Halle.

Johann, Tobias; Walter, Elisa; Brand, Alina (2020): Nachhaltigkeitsmaßnahmen von Modellprojekten der Demokratieförderung In: Sozialmagazin. 45. Jg., S. 8-9.

leicht wieder verschwinden und immer wieder fließen Zeit und Ressourcen in den Neuaufbau von Projekten und Netzwerken. Ein nachhaltiger Konzepttransfer erfordert jedoch Kontinuität und gründet auf etablierten Arbeitsbeziehungen mit vorhandenen Regelstrukturen. Kurzum: Die Bedingungen für eine nachhaltige Modellprojektarbeit sind mehr als ungünstig. Dennoch beobachten wir als wissenschaftliche Begleitung ein breites Spektrum an Nachhaltigkeitsaktivitäten in der Modellprojektarbeit in Form von Publikationen, Qualifizierungsangeboten oder als Konzepttransfer in Ausbildungscurricula (vgl. Brand et al. 2020). Modellprojekten kann es durch intensive Beziehungsarbeit und kontinuierliche Präsenz vor Ort gelingen, bei ihren Adressat_innen und Kooperationspartner_innen

ein hohes Maß an Akzeptanz für ihre Angebote zu erwirken. Dennoch sprechen sich deren Mitarbeitende deziert für eine stärkere Strukturförderung der Kinder- und Jugendhilfe aus, insbesondere in ländlichen Räumen. Es bleibt nämlich die Frage, wohin ein Transfer innovativer Konzepte eigentlich erfolgen soll?

Wenn Modellprojekte die Regelpraxis maßgeblich stützen oder gar ersetzen, kann es Ihnen an Ressourcen mangeln, ihren originären Innovationsauftrag zu erfüllen. Auch dafür braucht es Rückhalt in gut finanzierten Regelstrukturen und offenes, qualifiziertes Personal, um eine Konzeptübernahme gewährleisten zu können (vgl. Johann et al. 2020). Unterstützung erhält diese Forderung von der Kommission des 16. Kinder- und Jugendberichts. Diese mahnt an, dass Modellprojekte nur dann ihre Wirkung entfalten können, wenn sie auf eine Infrastruktur aus Vereinen, Verbänden, Einrichtungen und Initiativen treffen, die neue Angebote qualifiziert umsetzen können (vgl. BMFSFJ 2020). Modellprojektförderung bewegt sich somit zwischen Nachhaltigkeits- und Innovationsdruck und kann nur Hand in Hand mit einer starken Regelpraxis langfristig gelingen. ■

Ein nachhaltiger Konzepttransfer erfordert Kontinuität und gründet auf etablierten Arbeitsbeziehungen mit vorhandenen Regelstrukturen. Kurzum: Die Bedingungen für eine nachhaltige Modellprojektarbeit sind mehr als ungünstig.

Service teil

Weitere wichtige Institutionen und Angebote

Demokratiezentrum Baden-Württemberg



Beratung und Angebote im Bereich der Extremismusprävention, Demokratieförderung und Menschenrechtsbildung.

<https://demokratiezentrum-bw.de/angebote-beratung>

Läuft bei Dir! Werte. Wissen. Weiterkommen.



Programm zur wertorientierten Demokratiebildung, das sich an Jugendliche im Übergang zwischen Schule und Beruf richtet und von der Baden-Württemberg Stiftung in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung umgesetzt wird.

<https://www.laeuft-bei-dir.de>



Projektteam der Hochschule Esslingen (Hrsg.)
**Erfahrungsräume öffnen –
Demokratie gestalten**
Die KISSeS-Strategie in der Praxis
Esslingen 2021



Diese Handreichung ist ein Ergebnis des Projekts „Land in Sicht! Demokratiegestaltung innovativ qualifizieren“. Erstellt wurde sie vom Projektteam der Hochschule Esslingen – Redaktion: Kai Nolde, Johanna Feder, Kurt Möller, Kai Dietrich, Simone Liedtke – gemeinsam mit an der Umsetzung beteiligten politischen Bildner_innen.

Mit zahlreichen Fallbeispielen zeigt diese Broschüre, dass die Umsetzung des KISSeS-Ansatzes möglich ist – und gewinnbringend. Zunächst werden im ersten Kapitel knapp die theoretischen Grundlagen zusammengefasst: Was sind pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen, kurz: PAKOs, und weshalb ist es sinnvoll, das bekannte Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) von Heitmeier so zu erweitern.

Wie pädagogisch mit PAKOs, den damit verbundenen Diskriminierungen und der daraus häufig resultierenden Gewalt umgegangen werden kann, wird mit dem KISSeS-Ansatz erläutert. Er eignet sich sowohl zur Analyse der Hintergründe von Ablehnungen als auch als Instrument, Praxis zu planen und zu verändern. Im Kern plädiert er dafür, Alltagserfahrungen junger Menschen stärker anzuerkennen, sie mit ihren Emotionen ernst zu nehmen und anzusprechen und verstärkt sinnstiftende Angebotsformen für sie zu finden.

Im zweiten Kapitel werden 18 Fallbeispiele dargestellt. Dabei werden jeweils die Fragen in den Fokus gerückt, mit denen Einstellungen verstanden und pädagogisch aufgegriffen wurden. Diese Art der Berichterstattung verliert sich nicht in Details, sondern bietet übertragbare Ansätze, die vor allem Interaktions-Prozesse einleiten. Das Kapitel zielt auf die Fundierung und Absicherung von Praxis. Grundlegende Verständnisse von Demokratiegestaltung und demokratischer Bildung werden vorgestellt. Interessant ist vor allem, dass politische Bildung in außerschulischen Settings, insbesondere für die Felder der offenen und aufsuchenden Jugend(sozial)arbeit konzeptionell entworfen wird. Dabei werden auch die Vorzüge der Anwendung Logischer Modelle dargestellt.

Der dritte Teil wendet sich vor allem an Fortbildner_innen. Auf der Grundlage von Evaluationsergebnissen sowie Erfahrungen aus der Bildungspraxis werden Eckpunkte für ein Qualifizierungskonzept entworfen. Ein hochaktueller Beitrag für die Forderung nach Demokratiebildung und -erziehung, nicht nur angesichts zunehmend aufkommender Verschwörungsmythen. Mit 120 Seiten kompakt und lesenswert!

Lothar Wegner

Die Veröffentlichung ist online verfügbar unter:
www.hs-esslingen.de/~moeller/

Institut für soziale Arbeit e.V.
**Kinderschutz? Lebenswelten
gestalten – Gefahren abwehren**
ISA-Jahrbuch zur Sozialen Arbeit 2020,
14,90 Euro

Mit diesem Jahrbuch greift das ISA äußerst sachverständig und umfassend ein wichtiges und aktuelles Spannungsfeld im Kinderschutz auf: die Gestaltung von Lebenswelten, die ein gelingendes Aufwachsen ermöglichen und die zugleich notwendige Abwehr von Gefahren, die dieses gelin-



gende Aufwachsen beeinträchtigen könnten. Beide Perspektiven sind nicht voneinander zu trennen, wengleich es sinnvoll sein kann, in spezifischen Situationen eher die eine oder die andere zu betonen. Diese grundlegende Haltung verdeutlicht Christian Schrapper, erster Vorsitzender des Instituts für soziale Arbeit und Professor für Pädagogik an der Universität Koblenz-Landau, im einleitenden Artikel.

Die einzelnen Kapitel der Veröffentlichung sind entsprechend strukturiert: Am Beginn stehen Fragestellungen zur Gestaltung infrastruktureller Bedingungen, die allen Heranwachsenden bestmögliche Chancen bieten. Hier werden der Beitrag des kommunalen Bildungsmanagements, die Wirksamkeit von Präventionsketten, die Stärkung der sozialräumlichen und lebensweltlichen Partizipation Jugendlicher sowie die Möglichkeiten der Ganztagsbildung diskutiert. In allen Bereichen sind die Befähigung der Adressat_innen zur Gestaltung ihrer Lebenswelt, die Stärkung ihrer Selbstwirksamkeit und die deutliche Erweiterung von realen Partizipationsmöglichkeiten entscheidende Parameter der Veränderung hin zu mehr Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

Im zweiten Teil stehen Angebote der Prävention im Fokus, die unterstützen sollen, wenn gelingendes Aufwachsen gefährdet ist. Es beginnt mit der Frage, inwieweit Kinderarmut eine Kindeswohlgefährdung sein kann und welche Unterstützungsangebote armer Kinder, Jugendlicher und ihrer Familien dringend geboten sind. Diesen Fachartikel hätte ich mir durchaus im ersten Teil der Veröffentlichung vorstellen können, denn er fokussiert

meiner Meinung nach sehr deutlich strukturelle Bedingungen und der Autor bezeichnet Kinderarmut als „eine politische, tolerierte Kindeswohlgefährdung“. Es folgt die kritische Auseinandersetzung mit der Entwicklung von Schutzkonzepten in pädagogischen Einrichtungen und deren inhaltlichen Ausrichtungen sowie ihrer (fehlenden) strukturellen Verankerung. Dann rückt die Familie als Bildungsort in den Mittelpunkt und die Notwendigkeit, die immer wieder genannte „Erziehungspartnerschaft“ umzusetzen, was nicht ohne entsprechende Qualifizierungen und Ressourcen für die Fachkräfte möglich sein wird. Das Kapitel schließt mit der Auseinandersetzung von Partizipationsmöglichkeiten Heranwachsender in der Heimerziehung.

Im Drittel Kapitel stehen Maßnahmen der Intervention im Mittelpunkt, die ergriffen werden, wenn unmittelbar Gefahr droht bzw. eine Beeinträchtigung prognostiziert wird. Die Verfahrensabläufe der Jugendhilfe und der Familiengerichte werden diskutiert. Des Weiteren werden die Entwicklungen im Bereich der Inobhutnahme auf Grundlage der Zahlen in NRW reflektiert und Forschungsbedarfe über die Auswirkungen dieser Maßnahme deutlich gemacht. Abschließend stehen erneut die von Armut betroffenen Familien im Mittelpunkt: Untersucht wird hier die Bedeutung der (materiellen) Unterstützungs-, Bildungs- und Beratungsangebote in der Schweiz. Für die Netzwerkstrukturen Früher Hilfen nach dem Bundeskinderschutzgesetz gibt es hier zahlreiche Anregungen.

Bemerkenswert – und leitend für einen modernen Kinder- und Jugendschutz – ist, dass bei der Diskussion der verschiedenen Aspekte des Kinderschutzes die Orientierung an den Kinderrechten immer wieder eingefordert wird. Die Perspektiven der Heranwachsenden – und deren Familien – wie auch deren Beteiligung sind ein entscheidendes Element für einen erfolgreichen Kinderschutz. Es ist also immer wieder kritisch zu prüfen, ob überwunden geglaubtes Fürsorgedenken oder Normalitätsvorstellungen die Ausgestaltung der Angebote bestimmen. Fachkräfte sind herausgefordert, eigene Haltungen und Prinzipien zu hinterfragen. Gesellschaft und Politik sind gefordert, strukturell verursachte Probleme, wie Kinderarmut, gesamt-

gesellschaftlich und politisch zu lösen und nicht den Betroffenen anzulasten.

Ein sehr lesenswertes Fachbuch, dessen Autor_innen an vielen Stellen den Finger in die Wunde legen, differenziert mit den komplexen Herausforderungen im Kinderschutz konfrontieren und viele kompetente Anregungen für die Soziale Arbeit geben.

Elke Sauerteig

Sex & Recht Dinge, die du wissen solltest

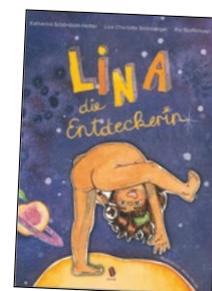


Die Broschüre „SEX & RECHT. Dinge, die Du wissen solltest...“ wird schon seit längerer Zeit als sinnvolles Medium genutzt, um Jugendliche, ihren Bezugspersonen und Interessierten einen anschaulichen Überblick darüber zu liefern, was verboten und was erlaubt ist. Infolge der Covid-19-Pandemie und der Tatsache, dass Angebote der sexuellen Bildung nur unzureichend wahrgenommen werden können, sind die Informationen nun auch in digitaler Form abrufbar. Die Webseite www.sexundrecht.de soll Heranwachsenden einen Überblick zu aufkommenden Fragen und dazugehörigen rechtlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich Sexualität geben. Hierbei kann zwischen fünf verschiedenen Sprachen ausgewählt werden. Sowohl die Broschüre als auch der Internetauftritt wurde vom Landesverband donum vitae NRW e.V. herausgegeben und vom Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW gefördert. Sexuelle Bildung ist ein wichtiger Bestandteil der Prävention sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Selbstbewusste und gut informierte Heranwachsende haben mehr Chancen, grenzverletzenden Situationen angemessen zu begegnen und können sich besser vor sexuellen Übergriffen schützen.

Silke Grasmann

Katharina Schönborn-Hotter,
Lisa Charlotte Sonnberger, Flo Staffelmayr
LINA, die Entdeckerin

1. Auflage 2020, ACHSE Verlag, Wien,
22,00 Euro



Die kleine, neugierige Lina begibt sich in diesem Bilderbuch auf eine Entdeckungsreise. Sie lernt dabei ihr äußeres und sichtbares Geschlechtsmerkmal, die Vulva, besser kennen. Dabei helfen ihr ihre Mama, die gerade schwanger ist, und ihre große Schwester, die Lina mit der Menstruation vertraut macht. „Sprache schafft Wirklichkeit und gestaltet Realität“, schreiben die Autor_innen im Vorwort des Buches. Sie wollen Kindern einen selbstverständlichen Zugang zu ihrem Körper ermöglichen, „abseits von Unsicherheiten und Tabus“. Die neutrale Benennung aller Körperteile und das Kennen dieser, ist für die eigene Identitätsentwicklung wichtig. Sie leisten zudem einen Beitrag zur Prävention sexualisierter Gewalt. Das Buch besteht aus einer Geschichte in Reimform, die mit informativen Exkursen rund um Anatomie und Hygiene erweitert wird. Die fröhliche Bebilderung ergänzt den Text auf ansprechende Weise. Das aufklärende Kinderbuch leistet einen wertvollen Beitrag zur Sprachfähigkeit im Bereich Sexualität. Darstellungen und Inhalt sind sachlich und relevant, doch sie brechen mit den allgemeinen Seh- und Lesegewohnheiten Erwachsener. Kinder werden diesen vermutlich viel gelassener begegnen. Lesempfehlung: ab vier Jahre und älter – mit viel Wissenswertem auch für Erwachsene.

Silke Grasmann



Medienpädagogische Fortbildung für die Sozialpädagogische Familienhilfe

Fortsetzung des Angebots mit digitalen und analogen Veranstaltungen



Medien in Familien

Die Coronavirus-Pandemie hat den Alltag von Familien in Deutschland vollkommen verändert. Kita- und Schulschließungen, Homeschooling und eingeschränkte Kontakte verändern die Freizeitaktivitäten. Die Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen hat deutlich zugenommen. Für die Arbeit in Familien mit Unterstützungsbedarf ergeben sich dabei besondere Herausforderungen. Diese wurden im März 2021 mit dem Online-Seminar „Familien im Lockdown“ aufgenommen und bearbeitet. Sicher wird die Pandemie und ihre Auswirkung auf den Alltag von Familien auch in allen weiteren Angeboten für die Fachkräfte der SPFH eine Rolle spielen

Das nächste medienpädagogische Basis-Seminar fand – ebenfalls online – im April 2021 statt. Es wurden alle aktuellen Medienthemen (TV, Smartphone, digitale Spiele) behandelt und im Hinblick auf die Arbeit mit Familien diskutiert. Selbstverständlich gab es Raum, um weitere aktuelle Fragestellungen u.a. zu Hate Speech, Fake News, Mediennutzungszeiten oder zum Datenschutz zu besprechen und deren Bedeutung für die Medien-erziehung in Familien zu diskutieren.

Für das aktuelle Jahr konnte auch unser Familien-Medien-Planer, in dem monatlich ein medienpädagogisches Thema aufgegriffen und mit kurzen Informationen und Tipps behandelt wird, neu aufgelegt werden. Fachkräfte bekommen hier zahlreiche Anregungen und Tipps für die Medienerziehung in Familien. Selbstverständlich gibt der begleitende Newsletter wie bisher zusätzliche Informationen. Der aktuelle Kalender kann von Fachkräften in der Geschäftsstelle der ajs gegen Versandgebühr nachbestellt werden. Gleiches gilt für das aus den Kalenderbildern gestaltete medienpädagogische Kartenset, mit dem Gespräche in Familien initiiert werden können.

Es gibt noch freie Kapazitäten für Inhouse Basis- und Updateseminare wie auch für Workshops mit Familien und Fachkräften. Das Angebot wird vom Staatsministerium Baden-Württemberg im Rahmen der Initiative Kindermedienland gefördert. Die Angebote sind kostenfrei.

Information: Petra Wolf

Medienpädagogische Konzeptionsentwicklung in Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung

MeKoH

Die durch die Corona-Pandemie notwendig gewordenen Maßnahmen wie Schulschließungen und Kontakteinschränkungen brachten auch die Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung in einen Krisenmodus. Dabei waren für die stationären Bereiche die Beschulung der Heranwachsenden und die damit einhergehende veränderte Mediennutzung eine große Herausforderung. In dieser Zeit wurde deutlich, wie wichtig die Umsetzung einer umfassenden medienpädagogischen Konzeption ist, um den Kindern und Jugendlichen digitale Teilhabe zu ermöglichen.

Dazu startete im Februar 2021 unsere sechstägige Fortbildung in Kooperation mit dem KVJS – Landesjugendamt. An der Fortbildung nehmen Fachkräfte-Tandems aus insgesamt 13 Einrichtungen der stationären und teilstationären Hilfen zur Erziehung teil und erarbeiten für ihre Einrichtungen die Grundlagen zur Entwicklung einer medienpädagogischen Konzeption und zur Umsetzung aktiver Medienerziehung. Als zukünftige medienpädagogische Mentor_innen setzen sie sich damit auseinander, Präsenz und Strukturen für das Thema in ihrer Einrichtung zu schaffen und ihr Wissen und Informationen an Kolleg_innen weiterzugeben.

Arbeitshilfe zur medienpädagogischen Konzeptionsentwicklung in Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung

Aus den Erfahrungen unserer Pilotprojekte konnte die Arbeitshilfe zu unserem Angebot MeKoH fertiggestellt und veröffentlicht werden. Die Arbeitshilfe liefert anhand eines Leitfadens konkrete Anregungen, welche Voraussetzungen und Anforderungen bei der Erstellung und Implementierung einer medienpädagogischen Konzeption berücksichtigt werden müssen. Die Leser_innen erhalten zudem einen Überblick zu den Grundlagen für medienpädagogisches Handeln in stationären und teilstationären Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung und zu unserem Angebot MeKoH.



Bezug: 15,00 Euro zzgl. Versandkosten; www.ajs-bw.de

Zwischen den fünf Fortbildungseinheiten werden die teilnehmenden Fachkräfte die vermittelten Inhalte in ihren Einrichtungen direkt zur Anwendung bringen und die dafür notwendigen Prozesse und Schritte anstoßen. Die Fortbildung endet im Juli mit einer als Präsenzveranstaltung geplanten zweitägigen Einheit in Freiburg.

erneut anbieten. Sie war bereits vor dem Erscheinen dieser Ausgabe der ajs Informationen ausgebucht. Einrichtungen der stationären und teilstationären Hilfen zur Erziehung, die konkretes Interesse an unserem Angebot haben, können sich selbstverständlich weiterhin gerne an uns wenden.

Aufgrund der großen Nachfrage werden wir die Fortbildung von September bis Januar 2022

Information: Henrik Blaich, Ursula Kluge, Petra Wolf

Regionale Veranstaltungen

Datenschutz geht alle an! Datenschutz in der Familie

In Kooperation mit der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK)



bietet die ajs zum Thema „Datenschutz in der Familie“ Veranstaltungen vor Ort in den Landkreisen bzw. digital an. Sie werden von den Referent_innen des ajs LandesNetzWerks für medienpädagogische Angebote und Referent_innen des Internet-ABC durchgeführt.

In Zeiten von Corona bestimmen Hygiene- und Abstandsregeln unseren Alltag. Doch wie schützen Familien sich auch im Internet? Wissen Eltern, was ihre Kinder Google anvertrauen? Überall wo wir im Netz unterwegs sind, hinterlassen wir Spuren. Alle Informationen, die wir im Internet einstellen oder über das Internet übertragen, können abgefangen, gesammelt und missbraucht werden. Das Netz ist ein Paradies für Datensammler und gerade die Daten von Kindern und Jugendlichen sind interessant. Sie hinterlassen oft zahlreiche Informationen über sich und andere im Netz, die zur Vorbereitung von Straftaten missbraucht werden können oder an denen sich andere bereichern. Jedes kleine Detail wird zu einem Puzzlestück. Es entsteht ein Bild ihrer Person, über das sie nicht mehr selbst entscheiden können. Datenschutz ist wichtig, weil er Datenmissbrauch vorbeugt! Was passiert mit den Daten? Wo hinterlassen Eltern und ihre Kinder Datenspuren, die missbraucht werden können? Wie behalten Kinder und Jugendliche die Kontrolle über ihre Daten? Wir zeigen Ihnen **IPEBS** – die wichtigsten Regeln und praktischen Maßnahmen, um die Daten und Privatsphäre der Kinder zu schützen:

- **Identitäts-Hygiene** Sparsamer Umgang mit Daten
- **Passwort-Hygiene** Sichere Passwörter zum Schutz von Daten und Privatsphäre
- **E-Mail-Hygiene** Sichere E-Mail-Konten für Kinder
- **Browser-Hygiene** Sichere Browser und Suchmaschinen
- **System-Hygiene** Daten und Privatsphäre schützen durch Einstellungen.

Die Veranstaltungen dauern 1,5 bis 2 Stunden. Eigene Geräte (Smartphones/Tablets) sollen mitgebracht bzw. bereitgehalten werden, um die Einstellungen gemeinsam vorzunehmen. Die Kosten für die Referent_innen werden von der LFK getragen. Interessierte Multiplikator_innen, die eine Veranstaltung für ihre Region organisieren möchten (Bewerbung in entsprechenden Verteilern, ggf. Raumorganisation und Bewirtung, etc.), wenden sich bitte an Ursula Kluge.

Projekt Kinderschutz Baden-Württemberg (KiSchuBW)

Das vom Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg geförderte Projekt „KiSchuBW“, ist seit November 2020 beim Landesverband Kinderschutzbund Baden-Württemberg e.V. verankert. Die ajs ist Kooperationspartnerin, ebenso die Fachkräfte aus einschlägigen Beratungsstellen. Der Runde Tisch KiSchuBW mit Vertreter_innen der kommunalen Verbände, des Landesjugendsamts und des Ministeriums sorgt für transparente Information, Vernetzung vorhandener Kompetenzen und Strukturen sowie landesweite Unterstützung des Vorhabens.

KiSchuBW hat das Ziel, in Vereinen und Jugendverbänden die Beratung zur Entwicklung und Implementierung von Kinderschutzkonzepten fachlich zu koordinieren und ein einheitliches Vorgehen durch geschulte Fachkräfte in Baden-Württemberg zu gewährleisten. Die Kooperationspartner_innen arbeiten derzeit am Curriculum einer Fortbildung für diese zukünftigen Prozessbegleiter_innen, die im Herbst 2021 starten soll. Die gemeinsame Haltung und Eckpunkte einer einheitlichen Methodik sollen sie befähigen, nachfolgend Prozesse von vereins- bzw. verbandsinternen Schutzprozessen vor sexualisierter Gewalt zu begleiten. Ziel ist es, den Pool von Prozessbegleiter_innen flächendeckend zu erweitern, sodass jeder Verband/Verein auf kurzem Weg die Möglichkeit hat, durch eine fachlich qualifizierte Kraft bei der Umsetzung eigener Schutzprozesse unterstützt zu werden. Zu diesem Angebot wird es Informationsveranstaltungen auf kommunaler Ebene geben.

Beim Landesverband Kinderschutzbund Baden-Württemberg e.V. ist die Koordinierungsstelle angesiedelt, die die einzelnen Bestandteile von KiSchuBW und die landesweite Netzwerkarbeit und Umsetzung steuert. Die ajs begrüßt das Projekt und unterstützt es durch fachliche Expertise im Themenfeld sexualisierte Gewalt sowie auf struktureller Ebene.

Informationen: Silke Grasmann

Ajs unterstützt die landesweite Entwicklung von Schutzkonzepten zur Prävention sexualisierter Gewalt an Schulen

Digitales Fachgespräch der GEW im Februar 2021

Die GEW Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass landesweit in Schulen verbindliche Schutzkonzepte zur Prävention bzw. zum Umgang mit sexualisierter Gewalt entwickelt werden. Mit Blick auf die Landtagswahlen wurden die jugendpolitischen Sprecher_innen der einzelnen Fraktionen sowie Interessierte zu einem Gespräch mit Expert_innen eingeladen, zu denen auch die Fachreferentin der ajs, Silke Grasmann, gehörte.

Petra Sartingen, Präventionsfachstelle tima e.V. in Tübingen, erläuterte differenziert, warum Schutzkonzepte an Schulen wichtig sind und was die Implementierung konkret bedeutet. Sie zeigte auf, wie diese im Alltag gelebte Praxis der Grenzachtung und des Schutzes vor sexualisierten Gewalt Schulen zu sicheren und handlungsfähigen Orten macht. Deutlich fokussierte sie, dass die Entwicklung von Schutzkonzepten – wenngleich aufwändig – ein lohnender Prozess ist, der unbedingt spezialisierter, fachlicher Begleitung von außen bedarf.

Tonja Brinks, Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung, stellte dar, welche Projekte, Kampagnen und Maßnahmen durch das Kultusministerium in den letzten Jahren durchgeführt wurden und welche Schritte zukünftig unternommen werden. So soll u.a. in naher Zukunft ein entsprechender Prozess mit 60 Pilotschulen, in denen alle Schularten vertreten sind, beginnen. Zudem verwies Tonja Brinks auf das qualitativ hochwertige und auch unter Pandemiebedingungen gut nutzbare E-Learning-Programm „Sexueller Missbrauch und sexuelle Übergriffe. Kinderschutz aus Sicht der Schule“ zur Weiterbildung für Lehrkräfte, Verwaltung, schulpädagogischem Dienst und Schulsozialarbeiter_innen.

Die ajs-Fachreferentin Silke Grasmann betonte, wie wichtig es sei, endlich vom Wissen in die Handlung

zu kommen. Ein bis zwei Kinder pro Schulklasse sind in Deutschland von sexualisierter Gewalt betroffen. Zudem leben Gewalterfahrungen in der Kindheit in den Menschen fort und führen zu neuen Krisen. Nicht bearbeitete Traumata bedeuten Folgekosten in Höhe von 500 Millionen bis 3 Milliarden Euro jährlich für den deutschen Gesundheitssektor. Gewichtige Gründe in Prävention und Früherkennung zu investieren. Die gleichbleibend hohen Fallzahlen sexualisierter Gewalt zeigen, dass es nicht ausreicht, auf Freiwilligkeit zu setzen. Die Implementierung von Schutzmaßnahmen im Schulgesetz zu verankern

ist dringend erforderlich. Lehrkräfte brauchen zudem verpflichtende Schulungen, die Grundlagenwissen zu sexualisierter Gewalt und Präventions- und Interventionsmöglichkeiten aufgreifen. Bestenfalls geschieht die Vermittlung dieser Basiskompetenzen bereits verbindlich im Studium.

Einigkeit bestand in der Runde, dass nachhaltige Strukturen und eine Anbindung in die bestehenden Systeme sicherzustellen sind. Gefordert wurde u.a. von der ajs, eine/einen „Landesbeauftragten für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor

Kommentar

Geschenkset „Social Media Star“ von Playmobil

Eines der neuesten Sets von Playmobil ist ein Geschenkset mit „Kamera, Scheinwerfer und viel Zubehör für einen gelungenen Auftritt“. Wer mit Kindern und Jugendlichen zu tun hat, schon einmal etwas von YouTube, Instagram und TikTok gehört hat und sich dann den Inhalt dieses Spielsets anschaut, muss sich fragen, wer sich so etwas wohl ausdenkt.

Ins Auge fällt vor allem die Visualisierung stereotyper Geschlechterrollenbilder. Die zentrale Spielfigur ist eine „Influencerin“, die laut Playmobil tägliche Videos produziert, darin Schminktipp gibt und aus ihrem Leben erzählt. Und dann ist da noch ganz viel Zubehör in rosa. So also sehen die modernen Influencerinnen aus, die zum Vorbild für Kinder werden sollen, die gerne mit Playmobil spielen. Es ist richtig, Influencer_innen sind Vorbilder für viele Kinder und Jugendlichen, ihre Tätigkeit scheint nachahmenswert und Influencer_in ist ein Beruf, den viele anstreben. Aber doch bitte nicht so, möchten wir Playmobil gerne sagen. Junge Frauen spielen in der Influencer_innen-Szene häufig noch nicht die Rolle, die sie verdient haben. Sie werden auf Schmink- und Lifestylevideos reduziert und verdienen mit ihrer (harten) Arbeit immer noch deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen.

Was also hatte Playmobil im Kopf, als sie dieses altbackene Spielsetting entworfen haben? Ermächtigung und Empowerment wären gut gewesen, denn „Influencen“ ist heute ein reichweitenstarkes professionelles Tun. Kinder, gleich welchen Geschlechts, nehmen sich dies zum Vorbild und streben es an. Aber wenn wir ihre digitalen Lebenswelten ernst nehmen, dann nur indem wir eine Abbildung für das Spiel wählen, die modern und zeitgemäß ist – in der Wahl des Zubehörs, der Gestaltung der Rollen und des gesamten Settings. Alles andere demonstriert: Es ist nur kindliche Spielerei und die darf dann gerne auch in rosa sein.

Die ajs steht für die Akzeptanz kindlicher Lebenswelten, die den digitale Raum einschließt. Wir stehen in unseren Fachbereichen für Gleichberechtigung und wenden uns gegen überkommene Geschlechterrollen. Wir möchten mit unseren Fachveranstaltungen und Fortbildungen Fachkräfte ermutigen, Kinder und Jugendliche stark zu machen und sie zu befähigen, mediale Angebote kritisch und selbstverantwortlich zu nutzen. Das schließt die Arbeit der Influencer_innen ein, aber auch die Fragen, die wir an ein solches Spielzeug stellen.

Ursula Kluge

sexueller Gewalt“ und ein Team, das einen Masterplan für das Land entwickelt, zu beauftragen. Deutlich wurde, dass finanzielle und personelle Ressourcen durch das Land bereitgestellt werden müssen, da die Prävention sexualisierter Gewalt nicht on top von Verwaltung, Lehrkräften und Fachberatungsstellen geleistet werden kann. Offensichtlich ist, dass zusätzliche Kapazitäten, u.a. bei den spezialisierten Fachberatungsstellen zu schaffen sind. Diese gehören – mit Blick auf Fallzahlen und Traumafolgekosten – zur Grundversorgung eines im Kinderschutz gut aufgestellten Landes. Dementsprechend ist auch die Finanzierung und Unterstützung einer Landeskoordinationsstelle der spezialisierten Fachberatungsstellen dringend geboten. Notwendig ist zudem eine regelmäßige Berichterstattung zum Beispiel im Landtag.

Nach den Inputs hatten v.a. die Politiker_innen noch Zeit für eine kurze Stellungnahme und nannten mögliche erste Schritte in der neuen Legislaturperiode. Es ist zu hoffen, dass der bekundete politische Wille tatkräftig zur Unterstützung für

Neue Kollegin bei der ajs



Seit 1. Februar 2021 ist Petra Wolf neue Mitarbeiterin der ajs. Frau Wolf ist Dipl.-Sozialpädagogin (FH) und begann ihre berufliche Laufbahn bei der Gesellschaft für Mobile Jugendarbeit Ostfildern. Die letzten 19 Jahre arbeitete sie bei der Waldhaus gGmbH – sozialpädagogische Einrichtungen der Jugendhilfe im Bereich kommunale Jugendsozialarbeit, unter anderem als Jugendreferentin, Schulsozialarbeiterin und Koordinatorin der Ganztagesbetreuung einer Grundschule. Daneben war sie seit 2010 freiberuflich als Referentin im ajs LandesNetzWerk für medienpädagogische Angebote tätig.

Als Fachreferentin der ajs ist Petra Wolf zuständig für die Bereiche Jugendmedienschutz und Medienpädagogik. Einer ihrer Schwerpunkte wird die Medienbildung in Familien sein. Sie ist Ansprechpartnerin für das Projekt „Medienpädagogische Fortbildung für die Sozialpädagogische Familienhilfe“, ein Angebot der ajs im Rahmen der Initiative Kindermedienland Baden-Württemberg.

die Implementierung von Schutzkonzepten an allen Schulen Baden-Württembergs eingesetzt wird. Der Kampf gegen sexuellen Missbrauch kann nur gemeinsam geführt werden – unabhängig von Partei- oder Ministeriumszugehörigkeit.

Informationen: Silke Grasmann

In Konfliktfällen mit ihren Familien und insbesondere im Fall von möglicher Zwangsverheiratung sind Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders auf niederschwellige Unterstützung und den Schutz unserer Gesellschaft angewiesen, denn in dieser bedrohlichen Situation ist ihre Integration deutlich gefährdet. Die Ablösung vom Elternhaus, die eigene Lebensplanung, die Gestaltung eigener Partnerschaften und die Berufswahl sind dann schwierig. Zwangsverheiratung greift als schwere Menschenrechtsverletzung tief in die persönliche Lebensgestaltung des Opfers ein.

Anzeichen für eine Zwangsverheiratung werden durchaus bemerkt, etwa in der Schule oder durch das Jugendamt. Allerdings zeigt die Praxis, dass in vielen Fällen nicht interveniert, sondern in der Hoffnung gewartet wird, die sich anbahnenden Konflikte würden sich „auswachsen“. Das Thema Zwangsverheiratung löst Unsicherheit bei Fachkräften aus, wird tabuisiert oder nicht erkannt.

Ansprechpersonen in den Landkreisen und Kommunen können hier wirken: Sie verfügen über grundlegende Kenntnisse zum Thema Zwangsverheiratung, sie sind interkulturell kompetent und können kultursensibel beraten, sie kennen regionale und überregionale Hilfeangebote, sie informieren lokale Netzwerke zum Thema und tragen sowohl zur Enttabuisierung als auch zur Verbesserung von

Jugendschutz Basics

Videocasts und digitaler Austausch mit den Fachreferaten der Aktion Jugendschutz

Seit Januar 2021 gibt es monatlich einen Videocast, in dem jeweils die Inhalte und Ziele eines Fachreferats der ajs dargestellt werden. Eine Woche nach Veröffentlichung des Videocasts haben Fachkräfte in einem digitalen Meeting die Möglichkeit, mit den Referent_innen der ajs zum Thema zu diskutieren, Fragen zu stellen und der ajs Anregungen für die Arbeit zu geben. Die bisherigen Erfahrungen zeigen einen großen Bedarf der Fachkräfte an einem Austausch sowohl mit den Referent_innen der ajs als auch untereinander. Dieser Austausch ist digital unkomplizierter möglich und lässt sich gut in den jeweiligen Arbeitsalltag integrieren.

Aktuelle Informationen finden

Sie auf unserer Website

www.ajs-bw.de/jugendschutzbasics.html

Prävention von Zwangsverheiratung Qualifizierung von kommunalen Ansprechpersonen

Ein Angebot der Aktion Jugendschutz in Kooperation mit dem Ministerium für Soziales und Integration

Jugendliche mit Migrationshintergrund haben für ihre persönliche Lebensplanung ebenso differenzierte und sehr unterschiedliche Vorstellungen wie Jugendliche der sogenannten Mehrheitsgesellschaft. Die eigenständige Lebensplanung wird jedoch insbesondere in patriarchalen Familienstrukturen zu einer außerordentlichen Herausforderung für sie. Das Recht, selbst über ihr Leben zu bestimmen und eigenständig darüber zu entscheiden, welchen Beruf sie ergreifen und in welcher Partnerschaft sie leben wollen, wird ihnen oftmals vollständig abgesprochen. Das trifft mehrheitlich Mädchen, aber auch Jungen.

Prävention und Intervention bei. Besonders wichtig ist die Vernetzung der unterschiedlichen Akteure und die allseitige Sensibilisierung für schnelles und abgestimmtes Handeln.

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Zwangsverheiraturungen mit verschiedenen Maßnahmen entgegenzuwirken. Das hier beschriebene Angebot ist ein Teil dieses Engagements. In den Landkreisen sollen tragfähige Strukturen geschaffen werden. Qualifiziert werden daher Fachkräfte, die in ihrer Funktion die Aufgabe der Ansprechperson wahrnehmen können – sie verfügen über entsprechende zeitliche Ressourcen und sind in der Region

gut vernetzt –, sodass diese Aufgabe auch bei Stellenwechsel an die jeweiligen Nachfolger_innen übertragen werden kann. Die Teilnehmenden haben für diese Aufgabe das Mandat ihres Anstellungsträgers (Landkreis, Kommune, gemeinnützige oder öffentlich-rechtliche Institution der Jugendhilfe).

Am 15. April 2021 fand ein digitaler Fachtag statt, an dem grundlegende Informationen zum Thema vermittelt wurden. Das ergänzende Vertiefungsseminar ist in Präsenz vom 1. bis 2. Juli 2021 in Stuttgart-Hohenheim vorgesehen.

Informationen: Silke Grasmann

(Cyber)Mobbing unter Kindern und Jugendlichen – Alarm ohne Folgen?!

Aktuell besteht die Befürchtung, dass Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie das Risiko für Cybermobbing unter jungen Menschen verschärft haben könnten. Wenn Kinder und Jugendliche vermehrt digital statt analog miteinander zu tun haben, scheint die Zunahme von digitalen statt analogen Gewaltformen plausibel. Dies wird mit Zahlen aus Studien belegt, die mit nicht nachvollziehbaren Kriterien vorgehen. Dazu gehört die vor kurzem veröffentlichte Studie Cyberlife III.¹

Nicht nur die mediale Berichterstattung, sondern auch wissenschaftliche Studien vermischen leider oft verschiedene Phänomene wie Online-Konflikte oder Hate Speech in den sozialen Medien unter dem Begriff Cybermobbing. Jedoch erst mit begrifflicher Klarheit lassen sich Anknüpfungspunkte für pädagogisches Handeln finden. Alarmierende Zahlen fördern die Tendenz, die sozialen Medien statt den Umgang miteinander ursächlich für Cybermobbing anzusehen. Wir plädieren für eine sachlich fundierte Eingrenzung des Begriffs. Denn nicht jeder Übergriff ist „Mobbing“, nicht jeder Online-Konflikt ist „Cybermobbing“.

Selbstverständnis des präventiven Kinder- und Jugendschutzes

Gewaltprävention ist ein Arbeitsschwerpunkt des Kinder- und Jugendschutzes. Gewalterfahrungen gefährden die psychosoziale Entwicklung von jungen Menschen, sowohl wenn sie Gewalt erleiden als auch wenn sie Gewalt selbst ausüben. Gewaltprävention ist ein pädagogischer Beitrag, um Gewalthandeln zu verringern oder zu vermeiden. Es bedeutet, Kindern und Jugendlichen gewaltfreie Möglichkeiten der Konfliktlösung, zur Selbstbehauptung und für Selbstwirksamkeitserfahrungen anzubieten – im analogen und im digitalen Raum!

Von Mobbing und Cybermobbing zu (Cyber)Mobbing

■ „**Mobbing** ist das wiederholte und systematische Herabwürdigen, Verletzen und Demütigen anderer über einen längeren Zeitraum, das der Befriedigung eigener Bedürfnisse dient, insbesondere nach Macht und Ansehen, das in der Gruppe eine positive Resonanz findet, vom Opfer nicht allein beendet werden kann und den Werterahmen der Gruppe verändert.“²

Noch Fragen?

■ Elke Sauerteig

Geschäftsführerin, Kinder- und Jugendschutzrecht, Öffentlichkeitsarbeit
Tel. (07 11) 2 37 37 11
sauerteig@ajs-bw.de

■ Ursula Kluge

Jugendmedienschutz, Medienpädagogik, ajs LandesNetzWerk für medienpädagogische Angebote, stellv. Geschäftsführung
Tel. (07 11) 2 37 37 17, kluge@ajs-bw.de

■ Henrik Blaich

Jugendmedienschutz, Medienpädagogik, Gewaltprävention
Tel. (07 11) 2 37 37 18, blaich@ajs-bw.de

■ Ute Ehrle

Suchtprävention, Gesundheitsförderung
Tel. (07 11) 2 37 37 19, ehrle@ajs-bw.de

■ Silke Grasmann

Sexualpädagogik, Prävention von sexualisierter Gewalt
Tel. (07 11) 2 37 37 13, grasmann@ajs-bw.de

■ Lothar Wegner

Gewaltprävention, Migrationspädagogik
Tel. (07 11) 2 37 37 14, wegner@ajs-bw.de

■ Petra Wolf

Jugendmedienschutz, Medienpädagogik
Tel. (07 11) 2 37 37 15, wolf@ajs-bw.de

■ **Cybermobbing** bezeichnet ein „Verhalten von Individuen oder Gruppen, die wiederholt aggressive Botschaften mittels digitaler Medien übermitteln, die darauf gerichtet sind, anderen Schaden zuzufügen.“³

Mobbing und Cybermobbing finden in verschiedenen Kontexten statt: Schule, Wohngruppe, Verein, Ausbildungsplatz. Beide Phänomene sind in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen miteinander verwoben. Betroffene werden online und

1 Bündnis gegen Cybermobbing e.V. (Hrsg.): Cyberlife III. Spannungsfeld zwischen Faszination und Gefahr, 2020.

2 Klicksafe und Konflikt-KULTUR (Hrsg.): Was tun bei (Cyber)Mobbing? Systemische Intervention und Prävention in der Schule, 2019, S. 24.

3 Pfetsch, Jan/Müller, Christin R./Ittel, Angela: Cyberbullying und Empathie: Affektive, kognitive und medienbasierte Empathie im Kontext von Cyberbullying im Kindes- und Jugendalter. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, 9 (1), 2014, S. 24.

offline angegriffen. Die Schreibweise (Cyber)Mobbing bringt dies zum Ausdruck.

Gravierende Folgen und unklare Datenlage

(Cyber)Mobbing ist für die betroffenen Kinder und Jugendlichen eine große Belastung und verursacht viel Leiden. Die Größenordnung von (Cyber)Mobbing ist – wie bei allen Formen von Gewalt – nicht exakt zu bestimmen. Studien kommen vor allem aufgrund unterschiedlicher Definitionen des Begriffs zu unterschiedlichen Befunden. Doch unabhängig von der exakten Größenordnung lautet unsere Botschaft: es besteht nach wie vor akuter Handlungsbedarf! Denn (Cyber)Mobbing ist nicht nur eine direkte Bedrohung für die betroffenen Personen und den Zusammenhalt einer Gruppe, sondern ebenso für den Wertekonsens und die sozialen Regeln einer Einrichtung. Wenn es nicht erkannt und beendet wird, steht auch das Vertrauen in die Institution auf dem Spiel.

Prävention und Intervention als dauerhafte Aufgabe von Schule und Jugendhilfe

In Schule und Einrichtungen der Jugendhilfe müssen Konzepte für Prävention und Intervention etabliert werden. Ziel ist ein umfassendes einrichtungsbezogenes Konflikt- und Gewaltmanagement. Dafür notwendig sind regelmäßige Qualifizierungen von Fachkräften, in denen grundlegendes Wissen über das Konfliktverhalten von Kindern und Jugendlichen sowie Kompetenzen zum Umgang mit Konflikten und Gewalt thematisiert werden. Damit dies dauerhaft umgesetzt werden kann, bedarf es entsprechender Rahmenbedingungen: ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen! Nur so ist Nachhaltigkeit zu erreichen und nur so kann unserer Meinung nach (Cyber)Mobbing wirksam angegangen werden. Und auch ohne unseriös hochgetriebene Statistiken ist die Situation alarmierend genug.

Information: Lothar Wegner, Henrik Blaich

Diese Stellungnahme ist eine gekürzte und veränderte Fassung des gleichnamigen Positionspapiers der Landesstellen Jugendschutz. Dieses finden Sie unter https://www.bag-jugendschutz.de/PDF/KJug-2-2021_Standpunkte.pdf

+++ VORANKÜNDIGUNG +++ VORANKÜNDIGUNG +++

Digitaler Fachtag · 8. Juni 2021

Systemsprenger_innen? Systemherausforderer! Ansätze systemischer Kooperation bei jungen Menschen mit besonderen Bedarfen

In Kooperation von ajs und KVJS – Landesjugendamt Baden-Württemberg

Sogenannte Systemherausforderer, also Jugendliche, für die auf den ersten Blick keine Angebotsform des Hilfesystems zu passen scheint, machen auf besondere Weise ein abgestimmtes Vorgehen der am Hilfeprozess beteiligten Institutionen nötig. Theoretisch müssen (öffentliche und freie) Jugendhilfe, Schule sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie für diese Überzeugung nicht mehr gewonnen werden. In der Praxis zeigt sich oft, dass es an der Umsetzung mangelt.

Im Fokus dieser Fachtagung stehen Impulse und Antworten auf die Frage, wie interdisziplinäre Strukturen so aufgebaut oder weiterentwickelt werden können, dass ein Rahmen entsteht, in dem ein umfassender Hilfeplan entworfen werden kann. Denn erst auf einer solchen Grundlage wären die jeweiligen Fachkräfte in der Lage, ihre Professionalität entfalten zu können und optimal tätig zu werden. Dadurch würden die Chancen vergrößert, dass „Systemherausforderer“ die Hilfe bekommen, die für sie notwendig und annehmbar ist.

Zielgruppe der Veranstaltung sind Jugendamtsleitungen, Einrichtungs- und Bereichsleitungen sowie Fachkräfte aus den Arbeitsfeldern (öffentliche und freie) Jugendhilfe, Schule und Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Information: Lothar Wegner

Digitaler Fachtag · 23. Juni 2021

LSBTIQ* – Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung als Thema in der (teil-)stationären Heimerziehung

Die Themen Geschlechtsidentität und Sexualitäten werden in den unterschiedlichen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe sichtbarer und stellen pädagogische Fachkräfte vor neue Herausforderungen. Konzepte einer genderreflexiven pädagogischen Praxis sind hinsichtlich ihrer strukturellen Normsetzung von Zweigeschlechtlichkeit zu hinterfragen. Perspektiven einer nicht-diskriminierenden pädagogischen Praxis sind zu entwickeln, um neue Handlungssicherheit für Fachkräfte und Einrichtungen herzustellen. Normalitätstheorien zu Geschlecht und Sexualitäten sind nicht nur aufgrund von Schutzaspekten und aus der Sichtweise von Erwachsenen zu berücksichtigen, sondern insbesondere aus den Perspektiven von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu thematisieren.

Information: Silke Grasmann

Digitale ajs-Jahrestagung · 14. Juli 2021

Alles Lüge?

Vom Umgang mit Verschwörungsmythen in der pädagogischen Arbeit



Sicherheit, Zugehörigkeit und Partizipation, Orientierung und Kontrolle, individuelle Entfaltung und sinnliches Erleben gehören zu den Grundbedürfnissen jedes Menschen. Junge Menschen entwickeln sich zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten, wenn sie ihr Leben so gestalten können, dass diese Bedürfnisse realisierbar sind. Ist das nicht der Fall, können Ohnmachtsgefühle entstehen. Auf die Frage, wer für diese Ohnmacht verantwortlich ist, bieten Verschwörungsmythen eine Antwort. Und in gesamtgesellschaftlichen Krisensituationen wie der Corona-Pandemie sind sie gefragt denn je.

Pädagogische Fachkräfte in Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit und Schule sind gefordert, Gefährdungen zu erkennen und sich positionieren zu können. Es geht um Schutz vor manipulierenden und demokratiefeindlichen Mythen. Und insbesondere darum, alle Heranwachsenden in ihrer demokratischen Entwicklung zu fördern, sie zu kritischem Denken und zu aktivem Mitgestalten zu befähigen. Last not least sind Möglichkeiten zu entwickeln, wie mit jungen Menschen, die sich mit Verschwörungsmythen anzufreunden beginnen, angemessen umzugehen ist. Es gilt, mehr Erfahrungen von Selbstwirksamkeit als Gegenpol zur Erfahrung von Ohnmacht zu ermöglichen. Dabei ist es wichtig, die Heranwachsenden rational und emotional zu erreichen.

PROGRAMM

9:20 Ankommen im digitalen Raum und technische Einführung

9:30 **Eröffnung**

Marion v. Wartenberg, Vorsitzende der ajs
Prof. Dr. Uwe Lahl, Amtschef im Ministerium für Soziales und Integration

10:00 **Die Psychologie der Verschwörungsmentalität**

Prof. Dr. Roland Imhoff, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Sozial- und Rechtspsychologie

10:30 **Verschwörungsmythen als Herausforderung für die politische Bildung im Rahmen des Kinder- und Jugendschutzes – Anmerkungen aus der Sicht des 16. Kinder- und Jugendberichts**

Dr. Christian Lüders, Vorsitzender des Bayerischen Landesjugendhilfeausschusses

11:00 **Meinungsbildung und (medialer) Wandel. Herausforderungen des Status quo**

Dr. Georg Materna, JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis, München

11:30 – Raumwechsel in die Diskussionsforen und 12:15 – Mittagspause

INPUTS UND DISKUSSIONSZIRKEL

13:00 bis 14:30

➔ **Prävention durch demokratieförderliche Elternarbeit**
Nuray Ates-Ünal, M.A. Bildungsreferentin, IFAK e.V. Bochum

➔ **Die KISSeS-Strategie zur Bearbeitung von Fake News und Verschwörungsmythen in einer Wohngruppe**
Simone Liedtke, Diplompädagogin, Beraterin und Lehrcoach (SG), Lehrtrainerin bei Intercultura München

➔ **Ich habe was zu sagen – ich werde gehört! Demokratiebildung in der Kita**
Franziska Schubert-Suffrian, Stellv. Geschäftsführung, Koordinierungsstelle Fachberatung, Verband evangelischer Kindertageseinrichtungen Schleswig-Holstein, e.V.

➔ **Diskussionszirkel**

Pause von 14:30 bis 15:00

15:00 bis 16:30

➔ **Verschwörungstheorien als Thema der (antisemitismuskritischen) politischen Jugendbildung**
Malte Holler, Bildung in Widerspruch e.V.

➔ **erklärmimal ... was Verschwörungsmythen mit uns machen – Bildung auf Instagram**
Pajam Masoumi, Team #erklärmimal, Supervision und Memes
Sofia Ocherednaya, Team #erklärmimal, Recherche und Skript

➔ **TruthTellers ... trust me, if you can?! – Ein skeptisches Projekt über die Kraft des Erzählens**
Raphaella Müller, Medienpädagogische Referentin, JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis, Büro Berlin

➔ **Diskussionszirkel**

